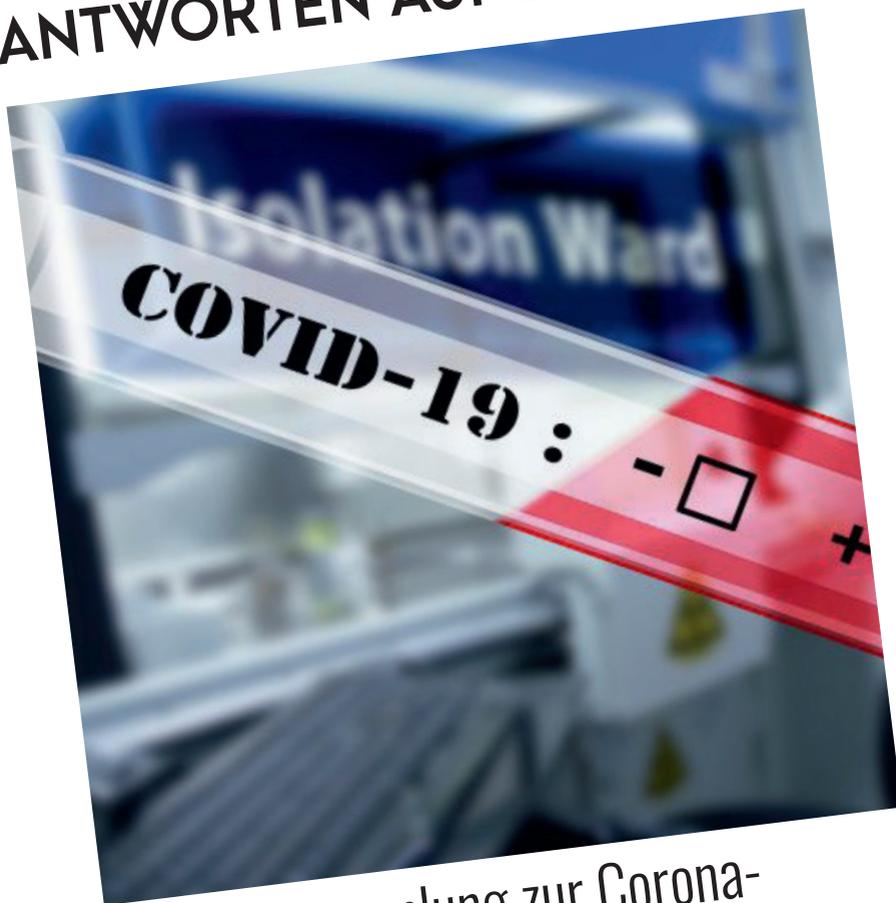


SOZIALISTISCHE ORGANISATION SOLIDARITÄT
**SOZIALISTISCHE
ANTWORTEN AUF DIE KRISE**



Eine Textsammlung zur Corona-
Pandemie und der Wirtschaftskrise

manifest.
texte des CWI.

In der Edition **texte des CWI**, veröffentlichen wir programmatische Texte oder Diskussionsbeiträge des Komitees für eine Arbeiterinternationale/Committee for a Workers' International (CWI).

Die **Sol - Sozialistische Organisation Solidarität** ist eine marxistische Organisation und die Sektion des CWI in Deutschland. Mitglieder der Sol setzen sich in Gewerkschaften, der LINKEN, linksjugend [‘solid] und sozialen Bewegungen für den Wiederaufbau der sozialistischen Arbeiterbewegung ein. Die Sol und das CWI kämpfen für eine weltweite sozialistische Demokratie, um den kapitalistischen Wahnsinn zu beenden.

Website der Sol: www.solidaritaet.info

1. Auflage, 2020

Manifest Verlag (Arnsburg, Koschitzki, Sol e.V. GbR)

Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Telefon: (030) 24 72 38 02

Email: info@manifest-verlag.de

Internet: www.manifest-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten.

Satz und Umschlaggestaltung: René Arnsburg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Inhaltsangabe

Corona-Virus: die Angst geht um	4
Wirtschaft: Ein todkrankes System bekommt Lungenentzündung	8
Coronavirus infiziert Weltwirtschaft	14
Regierung beschließt Kontaktverbot	18
Das Coronavirus stürzt den Kapitalismus global ins Chaos – Sozialistische Alternative nötig	21
Trotz und wegen Corona: Streiks und Widerstand	30
Alles ist anders	33
Bayern: Regierung beschließt Aufhebung der Höchstarbeitszeit	36
Kurswechsel der Gewerkschaften nötig!	40
Öffentlicher Dienst in Zeiten der Corona-Pandemie	43
Die »Mutter aller Rezessionen«	46
»Die Kapazitäten reichen hinten und vorne nicht«	49
Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit und Zwölf-Stunden-Tag!	52
Corona: Menschen schützen statt Profite!	58
Lockerungen im Interesse des Kapitals ablehnen!	64

Corona-Virus: die Angst geht um

Über die Schwächen eines weltweiten
profitorientierten Systems im Umgang mit Epidemien
und wie es besseren Schutz geben könnte

27. Februar 2020

»Was ist, wenn der Corona-Virus hier auch herkommt und mich erwischt?« Diese bange Frage stellen sich gerade vom Kindergartenkind bis zur Rentnerin Millionen Menschen angesichts des sich ausdehnenden Virus und der massiven Medienberichterstattung darüber.

Von Angelika Teweleit, Berlin

Es ist das dritte Mal, innerhalb der letzte zwanzig Jahre, dass ein Virus von einem Tier auf einen Menschen übergeht und es reiht sich ein in eine ganze Reihe von Viruserkrankungen, die sich weltweit ausbreiten. Bisher sind weltweit mehr als 2800 Menschen – vor allem Alte und solche mit Vorerkrankungen – an den Folgen der Infektion gestorben, wobei nicht klar einzuschätzen ist, wie hoch die Zahl der Infizierten tatsächlich ist. Klar ist dennoch leider, je mehr Infizierte, umso mehr Tote, auch wenn die Rate eines tödlichen Verlaufs wahrscheinlich zwischen 0,5 und 2,7 Prozent beträgt. Die drohende oder bereits begonnene Pandemie (eine Pandemie bezeichnet eine weltweite Epidemie) hat massive Auswirkungen auf das gesamte öffentliche Leben wie auch die Wirtschaft. Das Sars-Virus hatte damals zu weltweiten Verlusten von vierzig bis fünfzig Milliarden US-Dollar geführt. Schon jetzt sind in Reaktion auf die Nachrichten des neuerlichen Anstiegs weltweiter Infizierung mit dem Virus die Aktienmärkte eingebrochen. An einem Tag allein wurden Aktienwerte in Höhe von circa zwei Billionen US Dollar gemeldet.

Suche nach Impfstoff

Sicherlich laufen die Anstrengungen in verschiedenen Laboren gerade auf Hochtouren, um einen Impfstoff gegen das neuartige Virus zu finden. Jeder Pharmakonzern will der erste sein, denn damit ließen sich riesige Profite einfahren. Allerdings wäre es falsch, daraus zu schlussfolgern, dass das Konkurrenzprinzip hier von Vorteil ist. Erstens werden aufgrunddessen alle Erkenntnisse, die dabei helfen könnten, geheim gehalten, anstatt gemeinsam und durch Austausch relevanter Informationen zu einer Lösung zu kommen. Zweitens ist es versäumt worden, an der Erforschung eines Impfstoffs gegen den verwandten Sars-Virus weiter zu kommen. Der Grund ist, dass die Infektionen mit diesem Virus damals aufhörten. Die Forschung daran lohnte sich nicht mehr. Drittens müsste, wenn ein Impfstoff gefunden wird, die Versorgung damit schnell, planmäßig und nach Bedarf vonstatten gehen und nicht da, wo ein Konzern die beste Rendite einfahren kann.

Verstaatlichung der Pharmaindustrie

Daraus leitet sich ab, dass die Pharmaindustrie verstaatlicht gehört. Auch die Forschung an Universitäten wäre dann nicht mehr unter dem Einfluss der Pharmedia, sondern könnte rein nach medizinischen Erfordernissen ausgerichtet werden. Forschung nach neuen Medikamenten, deren Produktion und Verteilung müssen demokratisch kontrolliert und organisiert werden, zum Beispiel aus demokratisch gewählten Gremien von Mediziner*innen, Forscher*innen, Patient*innenvertretungen, Gewerkschaften. Dann könnten Impfstoffe und Medikamente endlich nach den Erfordernissen der Gesellschaft, der Patient*innen und des Erhalts der Gesundheit produziert werden.

Krankenhäuser – es fehlt am Personal

Gesundheitsminister Spahn und der Vorsitzende der Krankenhausgesellschaft versichern, man sei bestens vorbereitet. Vor dem Hintergrund des eklatanten Personalmangels, über den seit Jahren diskutiert wird, ohne dass die Situation sich real verändert hat, klingt das wie Hohn. Auch an der Berliner Charité, der größten Uniklinik Europas, an der die Beschäftigten vor fünf Jahren mit der Forderung nach mehr Personal den ersten zehntägigen Streik organisierten, berichten Krankenpfleger*innen nach wie vor von unhaltbaren Zuständen. Schon jetzt klagt das Personal allerorten darüber, dass nicht mal die vorgeschriebene Zeit für Händedesinfektion eingehalten werden kann. Dazu kommt, dass die so genannten Facility Dienste, also auch die Reinigung, oft von privaten, profitorientierten Konzernen übernommen wird. Das führt dazu, dass die Beschäftigten, die meist sehr schlecht bezahlt werden, zu wenig Zeit für die Reinigung der Zimmer haben, was schon im Normalfall dazu beiträgt, dass Menschen mit geschwächtem Immunsystem sich gerade im Krankenhaus vermeidbare Infektion zuziehen.

Private raus aus den Krankenhäusern

Die Auswirkungen einer Epidemie, die jederzeit möglich ist, macht deutlich, wie nötig es ist, das gesamte Gesundheitssystem zu revolutionieren. Alle privaten Profiteure und Unternehmen müssen raus aus dem Gesundheitswesen. Auch die profitorientierten Fallpauschalen, die dafür gesorgt haben, dass ein massiver Personalnotstand in den Kliniken entstanden ist, müssen komplett abgeschafft werden. Stattdessen braucht es massive Investitionen in ein Netz öffentlicher Krankenhäuser und einen gezielten Personalaufbau. Auch das gelingt am besten, wenn es unter demokratischen Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung, insbesondere der in den Krankenhäusern Beschäftigten, Patient*innenvertretungen, Gewerkschaften geschieht.

Überlastete Arztpraxen

Aber nicht nur in den Krankenhäusern gibt es Überlastung. Auch die Praxen von Allgemein- und Kinderärzt*innen sind in der Grippezeit Januar/Februar ohnehin extrem ausgelastet. Auch hier wird der permanente Personalmangel dadurch nur noch schlimmer, wenn auch der Krankenstand unter den Mitarbeiter*innen steigt. Ein bayrischer Kinderarzt äußerte in der SZ online am 27.2. »Wir niedergelassenen Kinder- und Jugendärzte, die Klinikambulanzen und Bereitschaftspraxen können den Ansturm so schon kaum bewältigen. Eine zusätzliche Coronavirus-Welle könnten wir meiner Meinung nach in keinsten Weise auffangen.« Dieser Arzt appelliert an die Eltern, mit ihren hustenden Kindern zu Hause zu bleiben, weil es die Risiken eher erhöht. Das mag fachlich richtig sein. Andererseits ist klar, dass in der jetzigen Situation, in der auch durch die Medienberichterstattung zusätzlich eine Panik entsteht, sich wenige Menschen daran halten werden.

Mangel an Schutzkleidung

Gerade das Personal in den Arztpraxen und Kliniken sowie Ärzt*innen sind gefährdet, sich anzustecken oder das Virus weiterzugeben. Hier müsste bei einer wirklichen Gefährdung Schutzkleidung bereit gestellt werden. Es gibt aber derzeit einen Lieferengpass und laut dem oben zitierten Arzt kostet eine Schutzbekleidung, die tatsächlich etwas bewirken kann, pro Person pro Tag 100 bis 200 Euro, was die meisten kleineren Arztpraxen sicher nicht ausgeben können.

Sozialistische Demokratie

Insgesamt macht die Situation deutlich, dass die Menschheit zwar einen Stand der Technik erreicht hat, mit dem es möglich ist, eine große Zahl von Krankheiten zu besiegen und viele

Dinge zu erforschen. Andererseits ist das derzeitige Gesellschaftssystem, der Kapitalismus, ein völlig chaotisches System, welches den Umgang mit Katastrophen, Viren und Epidemien enorm erschwert. Neue Viren und Katastrophen wie durch die Klimaveränderung werden eher zunehmen als abnehmen. Um die Menschen wirklich zu schützen, muss es ein Ende des profitorientierten Systems geben, in der die Profite einiger großer Konzerne die Triebfeder für alle politischen Entscheidungen sind. In einer sozialistischen Demokratie, in der stattdessen auf der Grundlage von Gemeineigentum an Produktionsmitteln in allen Bereichen, demokratisch organisiert wird, ist es möglich die Interessen der Masse der Bevölkerung an erste Stelle zu setzen und somit auch in Krisensituationen besonnen, geplant und effektiv zu reagieren und die negativen Folgen auf ein Minimum zu begrenzen.

Einige Forderungen aus dem Programm der Sol für ein bedarfsgerechtes Gesundheitswesen:

- Sofortige und nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern durch die Schaffung von mindestens den fehlenden 162.000 Stellen bundesweit und ein massives staatliches Investitionsprogramm zur Sanierung von Krankenhäusern. Deutliche Lohnerhöhungen für Krankenpfleger*innen!
- Für eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.
- Wettbewerbs- und Profitprinzip haben in Krankenhäusern und im Gesundheitswesen nichts zu suchen. Weg mit den Fallpauschalen. Rücknahme aller Medikamentenzuzahlungen – alle sinnvollen medizinischen und gesundheitsfördernden Maßnahmen müssen von den Krankenkassen übernommen werden.
- Für den Aufbau kommunaler Gesundheitszentren in Städten und im ländlichen Raum
- Keine Privatisierung. Rekommunalisierung privatisierter Häuser und Wiedereingliederung ausgegliederter Betriebsteile. Überführung privater Klinik-, Pflege- und Pharmakonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und Patient*innen.

Wirtschaft: Ein todkrankes System bekommt Lungenentzündung

Corona-Krise verschleiert tieferliegende Wirtschaftskrise

14. März 2020

Wie vieles Andere ist auch die Corona-Krise ein Ereignis mit widersprüchlichen Folgen. Auf der einen Seite offenbart die jetzt offiziell pandemische Ausbreitung des neuartigen Virus' die katastrophale finanzielle und personelle Ausstattung des auf Profit getrimmten deutschen Gesundheitswesens. Auf der anderen Seite werden die panischen Artikel in der bürgerlichen Presse dazu genutzt, um die wahren Ursachen für die beginnende Wirtschaftskrise zu verschleiern.

Von René Arnsburg, Berlin

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Folgen einer schweren und globalen Grippewelle an irgendeiner Ökonomie spurlos vorbei gegangen wären. Doch die wirtschaftlichen Grundlagen entscheiden darüber, auf wessen Rücken die Kosten dafür abgewälzt werden und ob aus der Infektion eine Rotznase oder eine lebensgefährliche Lungenentzündung wird.

Im Kapitalismus geht es vorrangig um die Rettung von Profiten und nicht von Menschenleben. Natürlich sind auch kapitalistische Unternehmen und ihr Staat gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Arbeitsfähigkeit der Menschen aufrecht erhalten. Doch die Kosten dafür wollen sie auf unseren Rücken abwälzen, da das System ihnen dient und nicht der Mehrheit.

Darüber hinaus entscheidet der Zustand der kapitalistischen Wirtschaft darüber, wie weitreichend die Folgen einer flächendeckenden Ausbreitung sind. In einer Zeit der sicheren Gewinne, in der Geld lohnenswert in der Produktion angelegt werden kann und es genügend

Reserven gibt, hätte Corona ebenso Auswirkungen gehabt. Vielleicht hätte die Wirtschaft jedoch nur eine Erkältung bekommen, um sich nach einer kurzen Erholungsphase wieder aufzurappeln. Wie beim menschlichen Körper, trifft die Erkrankung am schwersten einen bereits geschwächten wirtschaftlichen Organismus. Bereits vor dem Registrieren der ersten COVID-19-Fälle befand sich die deutsche Wirtschaft im Niedergang, genauso wie der Kapitalismus insgesamt immer mehr einem todkranken Patienten glich.

Grundlegende Krise des Systems

Nicht nur international, sondern auch hierzulande wurden die Ursachen, die bereits zur letzten Wirtschaftskrise 2008/9 geführt haben, nicht beseitigt. Durch die Internationalisierung der Produktionsketten deutscher Firmen und die starke Exportabhängigkeit, wurde Deutschland damals besonders hart getroffen und das Bruttoinlandsprodukt sank 2009 um 4,5 Prozent. Diese Faktoren konnten in den letzten zehn Jahren nicht beseitigt werden, da sie die Grundlage der deutschen Industrie, vor allem der Metall- und chemischen, bildeten. Die Exportabhängigkeit und internationale Verkettung wurde sogar noch vertieft. Das macht die Wertschöpfungsketten deutscher Unternehmen besonders anfällig für Störungen des internationalen Warenverkehrs, doch dazu unten mehr.

Die grundlegende Entwicklung, die im Kapitalismus immer zu Krisen führte, ist die Überproduktion von Waren und deren ungeplante Verteilung. Große Unternehmen kämpfen auf dem Weltmarkt um den Absatz ihrer Produkte, vor allem von Maschinen und Autos im Falle Deutschlands. Nur wenn es gelingt, den Verkauf aufrecht zu halten und zu steigern, können entsprechende Gewinne realisiert werden, sonst verrotten die Waren in der Lagerhalle und sind wertlos. Dabei entsteht ein anderes Problem: Wo soll das mit Gewinn investierte Kapital im nächsten Schritt angelegt werden, um mehr Gewinn zu machen? Die Verkaufszahlen lassen sich nicht unbegrenzt in ihrer Gesamtheit steigern, das geht nur auf Kosten konkurrierender Unternehmen.

Ein wichtiges Element bei der Sicherstellung und Steigerung von Gewinnen ist die technische Entwicklung. Die Reduzierung von Produktionskosten durch Lohneinsparungen oder die Entwicklung neuer Maschinen, die die Produktivität steigern (also zum Beispiel mehr Ausstoß bei gleichbleibenden Lohnkosten) verbessert die Konkurrenzfähigkeit. Es können höhere Gewinne durch geringere Kosten erzielt oder ein größerer Marktanteil durch die Unterbietung der Konkurrenz erzielt werden. Die Agenda 2010 war für Deutschland ein beispielloses Lohnabsenkungsprogramm. Es verbesserte für viele Jahre die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen, aber nicht für immer.

Vor allem nach der Krise 2008/9 spitzte sich der weltweite Kampf um die Erneuerung der technischen Grundlage der Produktion zu. Unter Begriffen wie Digitalisierung, Industrie 4.0, Automatisierung und so weiter wurde versucht, die Produktion zu verbilligen und die Produktivität zu erhöhen. Die gewünschten Ergebnisse blieben jedoch aus: Die Produktivitäts-

zuwächse lagen in den letzten Jahren in Deutschland nur knapp über null Prozent, während für die Investitionen in neue Technologien und deren Erforschung Milliarden ausgegeben wurden. Trotz des niedrigen Niveaus stiegen die Löhne immer noch schneller als die Produktivität. Das hatte für die Gewinnentwicklung negative Folgen.

Der Produktivitätssprung, der mit der »Industrie 4.0« geplant war, blieb aus einem entscheidenden Grund aus: Der Kapitalismus insgesamt hat seine Fähigkeit zu qualitativer Innovation schon lange verloren. Die wenigen rein quantitativen Veränderungen, die in der Produktion eingeführt wurden (neue Robotergenerationen, Smart Devices und anderes), verpufften, da sie global nahezu gleichzeitig und flächendeckend eingeführt wurden und kaum einem Unternehmen einen technologischen Vorsprung verschafften.

Im Zangengriff: Nachfrage- und Angebotscrash

Die Abschwächung des Wachstums vor allem der chinesischen Wirtschaft hat bereits ab Sommer 2019 zu einem Einbruch im Auftragseingang und der Produktion in der deutschen Metallindustrie geführt. Das ging so weit, dass gegen Jahresende fast jeden Tag neue Nachrichten über Sparpakete und Stellenabbau in der für die deutsche Wirtschaft zentralen Automobilindustrie samt Zulieferbetriebe in die Medien kamen. Offiziell gab es eine Rezession im gesamten produzierenden Gewerbe und die deutsche Wirtschaft schrammte nur mit viel Rechenkunst an einer allgemeinen Rezession vorbei. Das Niveau des deutschen Außenhandels befindet sich seit 2019 bereits unter dem von 2017.

Aufmerksame Beobachter*innen konnten daher schon vor dem Ausbruch der Coronapandemie den Eindruck gewinnen, dass die Tage relativer wirtschaftlicher Stabilität gezählt sind. Schon vor einem erneuten Ausbruch einer Wirtschaftskrise sah man die tiefe Krise der bürgerlichen Regierungen im Angesicht von Massenbewegungen in über dreißig Ländern weltweit, nicht zuletzt im Nachbarland Frankreich.

In dieser Situation war Corona vielleicht der Stoß über die Klippe, aber nicht das, was die Wirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht hat. Auslöser einer erneuten Wirtschaftskrise hätten ebenso aus einer anderen Richtung kommen können.

Auf Grund ihrer Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen, bedarf es für die deutsche Wirtschaft nicht einmal eine Verbreitung der Krankheit im italienischen Ausmaß. Allein die wirtschaftlichen Folgen in Italien, das die fünfthöchste Handelsnation für Deutschland ist, reicht aus, um Auswirkungen für die BRD zu haben, von den milliarden schweren Direktinvestitionen und Beteiligungen des deutschen Kapitals in Italien ganz zu schweigen.

Es gibt auf der einen Seite einen Einbruch der Nachfrage auf verschiedenen Ebenen. Unmittelbar ist die Tourismusbranche genauso betroffen wie das Gast- und Hotelgewerbe. Der Branchenverband DEHOGA beziffert die bisherigen Umsatzeinbußen für die Unternehmen im niedrigen fünf- bis hohem sechsstelligen Bereichen, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. In einigen Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern ist der Tourismus eine wichtige Ein-

nahmequelle und die Frühjahressaison steht vor der Tür. Das betrifft Verkehrsunternehmen in selbem Maße, deutschlandweit wie international, denn die Menschen sagen massenweise ihre privaten und geschäftlichen Reisen ab. Nicht zuletzt drückt das, gemeinsam mit dem heruntergefahrenen Güterverkehr, auf dem Weltmarkt zusätzlich auf die Ölpreise, die sich im Zuge des saudischen Ölkrieges bereits in freiem Fall befinden.

Ähnlich sieht es im Handel aus. Zwar hat der Lebensmittelhandel zum Teil in den letzten Wochen ein Umsatzplus im zweistelligen Prozentbereich vermeldet. Doch Vorratskäufe machen Menschen nicht jede Woche auf ein Neues. Vor allem Beschäftigte, die jetzt um ihr Einkommen fürchten, geben gerade nicht mehr Geld als nötig aus. Je mehr Leute auf Grund gesundheitlicher Risiken zuhause bleiben, desto weniger wird insgesamt ausgegeben. Es wird zwar erwartet, dass es einen gewissen Nachholeffekt nach dem Abklingen der Ausbreitungswelle geben wird. Aber ob und wie weit Konsum nachgeholt wird, hängt stark von der wirtschaftlichen Entwicklung ab und ob größere Entlassungen anstehen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass bei einer länger anhaltenden Einschränkung des Konsums für einige Waren wie Autos ein Preisverfall einsetzt, der wiederum auf die Gewinne der Konzerne drückt mit entsprechenden Folgen wie weiteren Entlassungen, Einschränkung der Produktion oder gar Firmenpleiten.

Werden Betriebe als Maßnahme gegen die Ausbreitung wie in Italien zeitweise geschlossen, wird das die Nachfrage weiter einbrechen lassen. Schon jetzt ist der Warenverkehr nach China eingeschränkt, da die chinesische Produktion stark heruntergefahren wurde und das die ohnehin angeschlagene deutsche Maschinenindustrie empfindlich trifft, aber auch andere Zweige. Die USA hat bereits beschlossen, die Grenzen nicht nur für deutsche Reisende, sondern auch Waren, dicht zu machen.

Auf der anderen Seite gibt es ein Angebotsproblem und das ebenfalls auf mehreren Ebenen. Wenn Schulen und Kitas geschlossen werden oder Arbeiter*innen in Quarantäne müssen, steht die Arbeitskraft zur Aufrechterhaltung der Produktion nicht mehr zur Verfügung. Vor allem in der Industrie kann das schnell zu einer Unterbrechung der Produktion kommen, da die Ketten eng verzahnt sind und wenige Zwischenprodukte vorrätig sind, um die Kosten zu reduzieren.

Das trifft noch mehr für den internationalen Warenverkehr zu. Genauso wie Waren nicht mehr nach China oder Italien (aber auch andere Länder) kommen, kommen von dort keine Produkte mehr. Da das vor allem Rohstoffe, Vorprodukte, Halberzeugnisse und Komponenten für die Fertigstellung der Waren in deutschen Fabriken betrifft, ist hier ein tiefer Einbruch zu erwarten. Die Transportzeit zur See beträgt etwa sechs Wochen von China nach Deutschland. Mit den größten Einschnitten dürfte erst ab Mitte März zu rechnen sein. Zwar wurde die Ausbreitung des Virus in China eingedämmt und die Produktion läuft wieder an, doch für die Jahresproduktion ist bereits ein Schaden entstanden, der nur schwer auszugleichen sein dürfte, während die Zukunftsaussichten für die Weltwirtschaft düster aussehen.

Börsencrash und Gegenmaßnahmen

Nicht nur in Zeiten der Wirtschaftskrise gibt es kaum schreckhaftere Wesen als die Börsenspekulant*innen. Trotzdem es immer wieder Tage gibt, an denen die Kurse einen Teil der erlittenen Verluste gutzumachen scheinen, ist noch lange kein Grund zur Entwarnung gegeben. Die Börsen, an denen sich nicht etwa reale Werte spiegeln, sondern vor allem das Ausmaß der entstandenen Spekulationsblasen, reagieren empfindlich auf die momentane Situation.

Der Kurseinbruch der Aktienindizes DAX, Dow Jones, Nikkei und anderer übersteigt bereits das Niveau der Krise 2008 nach der Pleite der Lehmann-Bank oder dem Crash nach dem 11. September 2001. Die US-Notenbank Federal Reserve hat bereits eine außerordentliche Zinssenkung sowie wenig später ein Liquiditätspaket mit einem Volumen von 1500 Milliarden US-Dollar bekannt gegeben. Das sind Maßnahmen, die 2008 erst NACH der Pleite einer bedeutenden Bank (Lehmann Brothers) aufgelegt wurden. Jetzt wird dieses Pulver bereits von vornherein verschossen. Zudem dürfte den gescheiterten bürgerlichen Ökonom*innen klar sein, dass diese Maßnahmen damals wenig geholfen haben, um eine neue Krise zu verhindern.

Ähnlich sahen es auch die Anleger*innen in den USA und ließen den Dow Jones trotz dieser groß angelegten Maßnahmen durch Panikverkäufe weiter in die Tiefe stürzen. Statt »Vertrauen in die Märkte« wieder herzustellen, hat die Entscheidung der Notenbank wie ein Eingeständnis gewirkt, dass man sich tatsächlich in einer Krise befindet. Das wirft die Frage auf, wie lange eigentlich Börsenkurse fallen können, bis der erste Hedgefonds oder die erste Bank Konkurs anmeldet. Trotz katastrophaler Kurse hält die Deutsche Bank an ihrer Gewinnerwartung für dieses Jahr fest. Sollte die Krise andauern, wird nicht nur diese Bank ihre Aussichten korrigieren müssen und das wird Folgen für andere internationale Banken und Konzerne haben.

Während vergangener Krisen wurde die vor allem durch die deutsche Bourgeoisie verordnete restriktive Geldpolitik in Deutschland und Europa kritisiert. Die Maastricht-Kriterien der EU schränken die Möglichkeit zur Steigerung öffentlicher Ausgaben stark ein, die Geld- und Zinspolitik ist auf Stabilisierung aufgelegt, statt die Märkte mit billigem Geld und Anleiheaufkäufen durch die Zentralbanken zu fluten. In der Vergangenheit wurde darauf hingewiesen, dass das einen verstärkenden Effekt auf Finanzkrisen hatte.

Mit Spannung wurde dann die Entscheidung der EZB am 12. März 2020 bezüglich des Leitzinses der EZB erwartet. Der Leitzins blieb unverändert bei -0,5 Prozent und wurde nicht weiter abgesenkt. Trotzdem wurde ein großes Programm zum Ankauf von Anleihen in Höhe von 120 Milliarden Euro aufgelegt, um mehr Geld auf dem Markt bereitzustellen. Es geht vor allem darum, Unternehmen, nicht aber die Menschen, in der Krise zu stützen.

Ähnlich reagierte die Bundesregierung, die aktuelle Kurzarbeiterregelung von 12 auf 24 Monate verlängerte. Werden also Arbeiter*innen nach Hause geschickt, weil die Produktion

heruntergefahren wird, bekommen sie durch diese Regelung sechzig (mit Kind 67) Prozent ihres bisherigen Nettoeinkommens. Die Beiträge zur Sozialversicherung muss auch nicht das Unternehmen zahlen, sondern bekommt diese von der Agentur für Arbeit erstattet. Beschäftigte zahlen also doppelt – durch Lohnverzicht und ihre eigenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die dafür genutzt werden.

Das ist Teil eines dreistufigen Plans, bei dem je nach Eskalation der Krise die nächste Stufe in Kraft tritt. Insgesamt sind die Maßnahmen überschaubar und zielen vor allem auf staatliche Garantien für Unternehmen ab, die Verluste einfahren. Es wurden Infrastruktur-Investitionen von 2021-2024 in Höhe von 3,1 Milliarden Euro angekündigt. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass dies die letzten Maßnahmen sein werden. Das Gesamtvolumen kann schnell das der Konjunkturpakete nach 2008 und mehr erreichen, sollte dies notwendig werden. Der Wirtschaftsminister Altmaier hält Verstaatlichungen von Unternehmen für möglich, wie er am 13. März 2020 verkündete. Das erinnert daran, dass auch 2008/9 kriselnde Unternehmen mit Steuergeldern gerettet wurden. Verluste wurden somit vergesellschaftet, während die Gewinne privat blieben. Dies steht in krassem Gegensatz zu dem Geschrei, das der Enteignungsforderung beispielsweise der großen Immobilienkonzerne zum Wohl der Mieter*innen entgegenet wird.

Letztendlich wird auch diese Krise vom Kapital genutzt werden, um im Machtkampf zwischen den großen kapitalistischen Ländern der Welt ihren Vorteil auf Kosten der anderen weiter auszuweiten. Während die Aktienkurse fallen, beginnt schon der Schacher um Firmenanteile und der Ölkrieg zwischen Russland und Saudi Arabien/OPEC.

International werden gerade demokratische Rechte eingeschränkt, Streiks und Versammlungen und der Deckmantel der Virusbekämpfung abgesagt, während gleichzeitig Grenzkontrollen wieder eingeführt und die Überwachung ausgebaut wird. Das Verbot der Sonntagsarbeit wurde in Deutschland weitgehend aufgehoben, die Untergrenzen für Personal im Krankenhaus wurden ausgesetzt. Keine dieser Maßnahmen wurde von der Arbeiter*innenklasse diskutiert und beschlossen, sondern wird uns von der bürgerlichen Politik verordnet. Auch auf dieser Ebene nutzen sie Corona als Vorwand, um ihre Interessen durchzusetzen und wir werden dafür kämpfen müssen, dass diese Maßnahmen zurückgeschlagen werden.

Coronavirus infiziert Weltwirtschaft

Krankheit löst Börsencrash und Wirtschaftskrise aus

17. März 2020

Dieser Leitartikel der englisch-walisischen Wochenzeitung The Socialist erschien zuerst am 10. März in englischer Sprache.

Der größte Rückgang innerhalb eines Tages an den Aktienmärkten seit der Finanzkrise, ein Ölpreiskrieg zwischen Saudi-Arabien und Russland und der schnellste Rückgang der Ölpreise seit dreißig Jahren. Die Auswirkungen des Coronavirus auf die ohnehin schwache Weltwirtschaft führen zu einer enormen Instabilität, die den bisherigen Rückgang verschärft und die Gefahr birgt, dass die Welt in eine Rezession abstürzt, die an die Krise von 2008 / 2009 herankommt.

Die Lieferketten wurden zunächst durch die vorübergehenden Fabrikschließungen in China unterbrochen. Das wiederum hat den Welthandel gesenkt und die Seefracht ist auf den niedrigsten Stand seit 2008 gesunken. Dies geht einher mit einem Rückgang der Nachfrage nach Flugreisen, Hotelbuchungen, Konferenzen und Unterhaltungsangeboten. Betroffen ist der Tourismus, einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Italien, einem Land, das stark vom Covid-19-Virus betroffen ist.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen wirken als Schereneffekt aus zwei Richtungen: »Angebotsschock« durch die Unterbrechung von Waren und »Nachfrageschock« durch Menschen, die mehr zu Hause bleiben und daher weniger Geld als üblich ausgeben. Immer mehr Menschen wurde geraten, sich selbst zu isolieren oder riskieren es einfach nicht mehr rauszugehen. Einige Unternehmen haben ihren Mitarbeiter*innen geraten, von zu Hause aus zu arbeiten, darunter eine Reihe großer Technologieunternehmen in den USA.

All dies hat zu einer Instabilität an den Aktienmärkten geführt, einschließlich des größten Ein-Tages-Rückgangs an den US-Börsen seit über zehn Jahren. Die Aktienmärkte spiegeln nicht den realen Wert der Unternehmensvermögen wider, dennoch findet auch eine reale Verringerung des globalen Wirtschaftswachstums statt.

Es ist noch nicht bekannt, wie weit sich das Virus ausbreiten wird und in welchem Zeitrah-

men. Aber seit seinem Auftreten schreibt die OECD, dass das globale Wachstum im ersten Quartal 2020 sogar schrumpfen könnte. Sie prognostiziert einen Rückgang des BIP-Wachstums von mindestens 0,5 Prozent in diesem Jahr, bzw. 1,5 Prozent, falls es eine schwere Pandemie wird. Andere gehen davon aus, dass es einen viel schlimmeren Rückgang – eher von fünf Prozent – geben könnte.

Grundlegende Schwäche der Weltwirtschaft

Wie auch immer die wirtschaftlichen Auswirkungen aussehen mögen, sie kommen nicht allein von Covid-19, da die Weltwirtschaft bereits sehr anfällig für Schocks war. In dem Jahrzehnt seit der Finanzkrise 2007-08 haben die Regierungen weltweit darum gekämpft, das schwache Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Die Konjunkturmaßnahmen wurden nie ganz gestoppt, und die Zinsen wurden auf einem historisch niedrigen Niveau gehalten – derzeit sind sie in Japan und der Eurozone negativ. In jüngster Zeit mehrten sich die Anzeichen einer neuen Rezession.

Die Verschuldung war noch nie höher. Die Gesamtverschuldung – von Regierungen, Unternehmen und Haushalten – ist heute mehr als dreimal so hoch wie der Gesamtwert der Weltwirtschaft. Das Virus könnte schnell zu einem Faktor werden, der einige dieser Schulden in die Unhaltbarkeit kippen lässt.

Die Investitionen und die Produktivität sind nach wie vor gering. Angesichts der Anfälligkeit der Weltwirtschaft und ihres derzeitigen Stadiums im Konjunktur-Zyklus könnte der Ausbruch des Virus weltweit ein rasches Eintauchen in die Rezession auslösen.

Die Regierungen und Zentralbanken versuchen verzweifelt, dies durch weitere Konjunkturmaßnahmen zu verhindern. Die US-Notenbank hat den Notfall-Zinssatz um 0,5 Prozent gesenkt, die größte Senkung seit 2008, und auch eine Reihe anderer Zentralbanken haben die Zinsen gesenkt. Der IWF, die Weltbank und der US-Kongress haben Notfallfinanzierungspakete in Höhe von insgesamt über siebzig Milliarden Dollar geschnürt.

China und Japan gehören auch zu den großen Volkswirtschaften, die zusätzliches Geld in die Finanzinstitutionen gepumpt haben.

Die finanziellen Instrumente, die sie alle nutzen können, wurden jedoch während und nach der Krise 2007-08 teilweise aufgebraucht, insbesondere die Möglichkeit, die Zinssätze zu senken. Und wie das Magazin Economist hervorhob: »Keine Menge billiger Kredite kann Menschen davon abhalten, krank zu werden.« Regierungen und Banken fuchteln also umher, ohne dass es einen überzeugenden Weg gibt, eine sichere Landung zu erreichen.

Ein weiterer Faktor, der ihre Reaktion einschränkt, sind die im Vergleich zu vor zehn Jahren gestiegenen Spannungen zwischen den Weltmächten, die die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Virus und seiner Auswirkungen beeinträchtigen.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Alarmglocke wird von den kapitalistischen Klassen geläutet darüber, wie schwach die öffentlichen Gesundheitsdienste im Allgemeinen sind, jetzt, wo ganze Volkswirtschaften mit Konsequenzen konfrontiert sind, die ihre Interessen direkt treffen könnten. In den USA hat ein Viertel der Beschäftigten keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und 28 Millionen haben keine Krankenversicherung. Der rechtsgerichtete Economist räumte ein, dass ein größerer Anspruch auf Krankengeld die Verbreitung des Virus eindämmen und dazu beitragen würde, »den Nachfrageschock abzumildern, der zusammen mit einem Angebotsschock und einer allgemeinen Panik die Volkswirtschaften trifft.«

Auch die OECD schrieb: »Diese Episode schwachen Wachstums verstärkt in vielen Ländern die Notwendigkeit stärkerer öffentlicher Investitionen, die im weitesten Sinne auch Bildungs- und Gesundheitsausgaben umfassen, um die Nachfrage zu unterstützen und den mittelfristigen Lebensstandard zu erhöhen.«

Man ist sich auch darüber im Klaren, dass die riesigen Konjunkturpakete einfach in den Taschen der Reichen landen können, wie es vor allem seit der letzten Krise der Fall war. So argumentiert der Economist: »Es ist besser, die Wirtschaft direkt zu unterstützen, indem man Menschen und Unternehmen hilft, Rechnungen zu bezahlen und Geld zu leihen, wenn sie es brauchen.«

Die Alarmstimmung ist hoch genug, dass einige begrenzte Maßnahmen angekündigt werden. Wir fordern dagegen, dass sie viel weiter gehen und dass es nicht die Arbeiter*innenklasse und der Mittelstand sind, die für die Kosten der Coronakrise aufkommen müssen. Es dürfen keine Arbeitsplätze verloren gehen oder Löhne gekürzt werden, und jede und jeder sollte Zugang zur bestmöglichen Gesundheitsversorgung haben. Wo nötig, sollten zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und Löhnen große Unternehmen verstaatlicht werden, wobei Entschädigungen nur auf der Grundlage der nachgewiesenen Bedürftigkeit gezahlt werden sollten. Die Gewerkschaften müssen fordern, dass die Bücher der Unternehmen zur Einsichtnahme geöffnet werden, und die Regierung muss kleinen Unternehmen, die dies wirklich benötigen, Unterstützung gewähren.

Das sollte besonders gelten, wenn die Arbeitnehmer*innen erneut den Preis für den kommende Krise zahlen sollen.

Es wird verständlicherweise Wut geben über die unzureichende Reaktion der Regierungen auf die Verbreitung von Covid-19 und die mangelnde Transparenz. Dies ist bereits in China der Fall, aber auch in westlichen Ländern, wie den USA, wo Trump sich gefährlich abfällig verhalten hat und keine Vorbereitungen für die Krise ergriffen hat.

Der Kapitalismus ist ein System, das auf Profit und nicht auf menschlichem Wohlergehen basiert und sich im wirtschaftlichen Niedergang befindet. Es wird sich weigern, der Mehrheit der Gesellschaft bei Katastrophen – ob wetterbedingt, durch Krankheiten oder geologische Zwischenfälle – ausreichenden Grundschutz und Hilfe zu gewähren. Nur durch eine sozia-

listische Planung in jedem Land, die auf globaler Ebene koordiniert wird und die immensen Ressourcen nutzt, die durch den öffentlichen Besitz der wichtigsten Industrien verfügbar werden, wird dies möglich sein.

Großbritannien

Keine der bescheidenen Maßnahmen, die im Haushalt des Vereinigten Königreichs für diese Woche zur Bekämpfung von Covid-19 erwartet werden, wird die Tatsache grundlegend ändern, dass das Nationale Gesundheitswesen (NHS) mit einer großen Epidemie nicht fertig wird. Die unzureichende Finanzierung hat über viele Jahre hinweg zu einem verheerenden Personalmangel und einem Mangel an Betten und Ausrüstung geführt. Die schweren Kürzungen der Mittel für die lokalen Behörden werden noch deutlicher offen gelegt werden, da die Kommunen dafür vorgesehen sind, eine Schlüsselrolle bei der Reaktion auf Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu spielen.

Auch die versuchten »Wohlfühlmaßnahmen« im Haushalt – die darauf abzielen, die Wähler*innen für die mehrheitliche Rückkehr der Regierung Johnson an die Macht zu belohnen – werden die seit langem stagnierenden Löhne und die Tatsache, dass die ärmsten Familien in den letzten Jahren ärmer geworden sind, nicht ausgleichen.

Da die Wirtschaft kaum wächst, wird der neue Kanzler, Rishi Sunak, nicht in der Lage sein innerhalb der Beschränkungen, die seine Partei und die Finanzinstitutionen aufzuerlegen versuchen, auch nur annähernd eine Lösung für die zahlreichen Krisen im Gesundheits- und Sozialwesen und den Lebensstandard im Allgemeinen zu finden.

Außerdem hat die Tory-Regierung akute Probleme in Bezug auf den Brexit. Die erste Runde der Handelsgespräche mit der EU endete damit, dass der Chefunterhändler der EU, Michel Barnier, »sehr ernste und ernsthafte« Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf ein Abkommen betonte.

Der Ratschlag an Boris Johnson in dieser Frage kam von Simon Nixon, einem Leitautor der Times, der schrieb, dass die Regierung die Coronavirus-Krise als Gelegenheit nutzen könnte, die Übergangszeit zu verlängern, einige ihrer roten Linien aufzuweichen oder, neben anderen Vorschlägen, »eine Deckung für den Ausstieg aus der Übergangszeit am Ende des Jahres ohne Handelsabkommen zu bieten. Schließlich wird es inmitten einer Krise leichter sein, die wirtschaftlichen Folgen von Brexit auf das Virus zu schieben.«

Dies gibt einen Einblick in Diskussionen innerhalb des kapitalistischen Establishments, die normalerweise vor der Öffentlichkeit verborgen sind. Die Socialist Party (CWI England & Wales) wird weiterhin deren arbeiter*innenfeindliche Beratungen offenlegen und der Arbeiter*innenbewegung helfen, eine Kraft aufzubauen, die den Lebensstandard verteidigt und die Tories so schnell wie möglich von der Macht entfernen kann, während sie gleichzeitig sozialistische Ideen weiter verbreitet.

Regierung beschließt Kontaktverbot

Beschränkungen lenken von den eigentlich nötigen Maßnahmen ab

23. März 2020

Bundesregierung und die Ministerpräsident*innen der Länder haben sich auf ein Maßnahmenpaket zur Eindämmung der Corona-Infektionswelle geeinigt. Die weitestgehende Maßnahme ist das Verbot von Menschenansammlungen, die größer als zwei Personen sind. Davon ausgenommen sind nur Familien und Menschen, die in einem Haushalt zusammen leben. Und abhängig Beschäftigte in Fabriken und Betrieben!

Von Sascha Staničić

Seit Tagen wird »social distancing« als die wichtigste und wirkungsvollste Maßnahme gegen die weitere Ausbreitung des Corona-Virus propagiert. Einher ging das mit medialen Kampagnen gegen das angeblich unverantwortliche Verhalten von Vielen, die weiterhin in großen Gruppen in Parks zusammen saßen, Corona-Parties veranstalteten oder, so Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, angeblich absichtlich alte Menschen anhusteten und dabei »Corona« riefen. Dass es immer einige Menschen gibt, die sich nicht an Empfehlungen halten, ist sicher der Fall. Es stellt sich aber die Frage, ob die vielzitierten Phänomene tatsächlich eine gefährliche Massenerscheinung sind bzw. waren, oder ob damit nicht viel eher von der Verantwortung der Herrschenden für die Krise abgelenkt werden soll. Eines haben sie damit jedenfalls geschafft: Sie haben breite Akzeptanz für eine weitere Einschränkung der Bewegungsfreiheit und damit eines unserer Grundrechte geschaffen.

Es ist keine Frage. Die sozialen Kontakte weitgehend zu reduzieren, ist in der jetzigen Situation eine sinnvolle und notwendige Maßnahme. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hält sich auch daran – wenn man sie lässt. Denn immer noch müssen Millionen täglich in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren, um dort dann mit dutzenden oder hundert Kolleg*innen Dinge herzustellen, die zur Aufrechterhaltung der lebensnotwendigen Ver-

sorgung in dieser Krise nicht nötig sind. Waffen zum Beispiel oder Kühlschränke, Kleidung, Werbung und Möbel.

Die #stayathome-Kampagne lenkt somit auch davon ab, dass weitergehende, notwendige Maßnahmen nicht ergriffen werden, weil die Profitinteressen der Unternehmen auch in Zeiten der Pandemie im Zweifelsfall vorgehen. Sie individualisiert die Verantwortung für die Ausbreitung des Virus, wo es eigentlich angemessen wäre, die politische Verantwortung der Regierenden in den Fokus zu rücken. Italien hat nun beschlossen, alle Unternehmen zu schließen. Nachdem schon fünftausend Menschen an Covid-19 gestorben sind und in einer Reihe von Betrieben Streiks für die Einstellung der Produktion bzw. bessere Gesundheitsvorkehrungen stattgefunden hatten. Müssen in Deutschland erst italienische Verhältnisse herrschen, bevor diese sinnvolle und nötige Maßnahme endlich ergriffen wird?

Es wäre Aufgabe der Gewerkschaften, in dieser Situation keinen Burgfrieden mit Regierung und Kapital zu schließen, sondern die Interessen ihrer Mitglieder konsequent zu verteidigen. So wie in Italien, Spanien und selbst Österreich ist es überfällig, dass auch hier Beschäftigte die Arbeit niederlegen und die Einstellung der nicht versorgungsrelevanten Produktion und Dienstleistungen fordern. Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaftsführungen, zu solchen Streiks aufzurufen. Genauso, wie sie jetzt alle Mittel einsetzen sollten, um eine Lohnfortzahlung bei Betriebsschließungen und für Beschäftigte, die ihre Kinder betreuen müssen durchzusetzen. Die Weigerung der Kapitalisten, das Kurzarbeiter*innengeld auf neunzig Prozent aufzustocken, zeigt, dass die Gewerkschaften mit einem sozialpartnerschaftlichen Ansatz nicht weit kommen werden.

Aber es geht nicht nur darum, dass durch eine Schließung von Produktionsstätten und Betrieben die Ausbreitung des Virus effektiver eingedämmt werden kann. Die permanenten Aufrufe, zu Hause zu bleiben, lenken auch davon ab, dass ein viel größeres Problem die viel zu geringe Zahl von Tests ist. Darauf haben Mediziner*innen im Zusammenhang mit den Regierungsmaßnahmen auch hingewiesen. Länder, die einen exponentiellen Anstieg der Infizierungsfälle verhindern konnten, haben deutlich mehr Tests durchgeführt und waren so in der Lage, die Infizierten zu identifizieren und zu isolieren. In Deutschland ist es vielerorts unmöglich, überhaupt einen Test zu machen, selbst wenn man über entsprechende Symptome klagt. Wenn man nicht in einem Risikogebiet war oder direkten Kontakt zu einem oder einer Infizierten hatte, werden einem Tests vielfach verweigert. Auf Testergebnisse wartet man tage- oder gar wochenlang. Es gibt Menschen, die zur freiwilligen Quarantäne aufgefordert wurden, aber nicht getestet werden. Dabei sind auch die Tests offenbar eine Klassenfrage: Kanzlerin Merkel wird nun in den nächsten Tagen »regelmäßig getestet«, weil sie Kontakt zu einem Infizierten hatte. Jetzt müssten massive Investitionen getätigt werden, um möglichst flächendeckende Tests zu ermöglichen und so die Ausbreitung des Virus effektiver eindämmen zu können.

In der Bevölkerung gibt es eine große Bereitschaft, die beschlossenen Regeln zum »social distancing« zu befolgen. Keine Frage: die Angst geht um. Angst sollte es aber auch machen,

dass mit einem Federstrich demokratische und soziale Rechte ausgehebelt werden. Da werden mal eben die Ladenöffnungszeiten verlängert, in Bayern das Arbeitszeitgesetz ausgesetzt und die Personaluntergrenzen in den Krankenhäusern aufgehoben. Diese Entscheidungen werden von genau den Politiker*innen gefällt, die dafür verantwortlich sind, dass das Gesundheitswesen über Jahre nicht nach Bedarf, sondern nach Gewinnmaximierung ausgerichtet wurde und die viel zu spät auf die sich anbahnende Corona-Pandemie reagiert haben. So sehr Merkel, Spahn und Co. jetzt auch den Eindruck erwecken, entschlossen und gleichzeitig besonnen zu handeln – es gibt keinen Grund dieser Regierung im Kampf gegen die Pandemie zu vertrauen. Nötig ist eine radikale Demokratisierung des Kampfes gegen das Virus – indem die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, Ärzt*innenverbände und Wissenschaftler*innen alle Maßnahmen kontrollieren und Veto einlegen können bzw. selbst darüber entscheiden, welche Betriebe weiter laufen und wo die Produktion auf Beatmungsgeräte, Schutzkleidung und andere nötigen Güter umgestellt werden soll. Und: die Herrschenden nutzen die Corona-Krise auch dafür, demokratische Rechte weiter einzuschränken und Massenproteste zu verhindern. Keine Frage: Massenversammlungen bergen Gefahren, aber es dürfen nicht die Kapitalisten und deren willfährige Regierungen sein, die entscheiden, ob wir für unsere Rechte auf die Straße gehen oder streiken. Das ist ganz allein unsere Entscheidung, die wir demokratisch in den entsprechenden Gewerkschaften und Organisationen fällen müssen. Deshalb müssen politische und gewerkschaftliche Versammlungen von allen staatlichen Verboten ausgenommen und die Entscheidung über die Durchführung in die Hände der Arbeiter*innen- und sozialen Bewegungen gelegt werden.

Das Coronavirus stürzt den Kapitalismus global ins Chaos – Sozialistische Alternative nötig

Erklärung des Internationalen Sekretariats des Komitees für eine Arbeiter*inneninternationale (CWI) vom 23. März 2020

Der Ausbruch der Coronavirus-Pandemie hat den Weltkapitalismus und die globale Gesellschaft in eine neue Ära von Aufruhr und Umwälzung gestürzt. In einem Land nach dem anderen hat die Pandemie mit ihrem Ausbruch rasch alles offenbart, was an der kapitalistischen Gesellschaft verrotten ist. Von der ursprünglichen Vertuschung des Virus in Wuhan in China durch das diktatorische Regime bis hin zur verzweifelten Notlage der Alten und Kranken zum Beispiel in Italien, Spanien, Frankreich und Großbritannien, die unter unzureichenden medizinischen Einrichtungen leiden, wird der dekadente Charakter des Kapitalismus und seiner Herrscher aufgedeckt. Dies hat weit verbreitete Ängste ausgelöst, aber auch eine Infragestellung der Gesellschaftsordnung bewirkt.

Die Folgen der Sparpakete, die in Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien und vielen weiteren umgesetzt wurden, werden auf schreckliche Weise offenbart, nachdem die Pandemie diese Länder erfasst hat.

Abgesehen von den verheerenden Auswirkungen auf die Gesundheit von Millionen Menschen ist die Pandemie auch Auslöser für den Beginn einer neuen globalen Wirtschaftsrezession. In China, wo der Ausbruch begann und auch die erste wirtschaftlichen Folgen nach sich zog, ist das BIP bereits in den ersten beiden Monaten des Jahres 2020 um schätzungsweise 13 Prozent geschrumpft! Bei einem Anteil Chinas am Welthandel von ca. 14 Prozent hätte dies allein schon verheerende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. (Im Jahr 2007/8 machte China nur etwa 4 Prozent des Welthandels aus).

Die »Lock-Downs«, die in den meisten großen kapitalistischen Ländern verhängt werden, sorgen jedoch in Verbindung damit, dass große Teile der Arbeitskräfte eine Zeit lang krank

sind, auch dafür, dass in den kapitalistischen Volkswirtschaften Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der EU sowie in den USA und Japan bereits eine Rezession im Gange ist.

Die derzeitige wirtschaftliche und soziale Krise dürfte zumindest tiefer werden als die Rezession von 2007/8. Einige Schätzungen ergeben, dass die britische Wirtschaft im zweiten Quartal 2020 um 15 Prozentschrumpfen könnte. Larry Elliot sprach im Londoner Guardian von »der sich abzeichnenden Rezession aller Rezessionen.« Noch tiefer also, als 2007/8! Ein Absturz in eine globale Depression kann angesichts der verheerenden Krise, die sich derzeit abspielt jedenfalls nicht ausgeschlossen werden. In vielen Ländern finden bereits große Entlassungswellen statt, und die Gefahr eines massiven Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist jetzt in allen Ländern gegeben.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund der gefährlichen wirtschaftlichen Situation, die bereits vor dem Coronavirus-Ausbruch bestanden hatte. Die Kapitalisten befürchten, dass dies keine kurze, »V-förmige« Rezession sein wird, sondern eine weitaus längere und tiefere. Schon vor dem Ausbruch der Pandemie befand sich die Weltwirtschaft in einer äußerst prekären Situation. In Deutschland, China und anderen Ländern hatte bereits eine Verlangsamung eingesetzt. In Japan sanken die Ausgaben der Haushalte im Herbst 2019 um 7%. Trotz einer extrem schwachen »Erholung«, trotz aller Konjunkturpakete und »Quantitativer Erleichterung« (QE), die nach dem Crash von 2007/8 eingeführt wurden, hatte die Weltwirtschaft nicht zu ihrer Wachstumsposition vor 2007 zurückgefunden. Der Crash von 2007/8 führte zwar nicht zu einer Depression vom Typ der 1930er Jahre, war aber eine der längsten Rezessionen in der Geschichte des Kapitalismus – vergleichbar mit der »Langen Depression« von 1873-96 und der »Großen Depression« von 1929-39. Die Krise von 1974 beendete die Boomphase nach dem Zweiten Weltkrieg und läutete eine neue Periode der Instabilität und des Umbruchs ein. Heute stehen die herrschenden Klassen vor der Möglichkeit, eine längere Periode der Rezession oder sogar eine Depression zu erleben. Und sie treten in die neue Krise nicht aus einer Position der wirtschaftlichen oder politischen Stärke und Stabilität ein.

Die globale Verschuldung ist in der ersten Hälfte des Jahres 2019 auf schwindelerregende 250 Billionen US-Dollar gestiegen. Tatsächlich war die globale Verschuldung bis 2019 noch nie so hoch gewesen, wobei die Gesamtverschuldung – Regierungen, Unternehmen und Haushalte – mehr als dreimal so hoch war wie das BIP der gesamten Weltwirtschaft.

Dies bedeutete, dass die globale kapitalistische Wirtschaft vor dieser Krise heute tiefer verschuldet ist, als sie es 2007/8 war. Wie der Investor und New York Times-Kommentator Ruchir Sharma jedoch hervorhob, haben sich die risikoreicheren Schuldenpools von Haushalten und Banken auf der ganzen Welt inzwischen in die Unternehmen verlagert. Es gab einen dramatischen Anstieg so genannter »Zombie«-Firmen, die zu wenig verdienen, um überhaupt die Zinszahlungen für ihre Kredite zu leisten und nur durch die Ausgabe neuer Schulden überleben können. »Zombie«-Firmen machen heute 16 Prozent der börsennotierten Unternehmen in den USA und 10 Prozent in Europa aus.

Ein weiterer Bereich des »Schuldenstresses« umfasst eine Reihe von Unternehmen, die, um die seit 2008 auferlegten Vorschriften für Unternehmen zu umgehen, private Geschäfte gemacht haben, die sie mit riesigen Schulden belasten. Die durchschnittliche US-Firma, die sich im Besitz einer Private-Equity-Firma befindet, hat Schulden in Höhe des Sechsfachen ihres Jahresgewinns – doppelt so hoch wie der Verschuldungsgrad, der von Agenturen bereits als »Schrott« betrachtet wird.

All diese Faktoren deuteten auch vor dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie bereits eindeutig hin zu einer neuen Wirtschaftskrise.

Der Kapitalismus stand also bereits am Rande einer neuen Wirtschaftskrise und einer Verlangsamung oder Rezession. Die Ankunft der Pandemie hat die Weltwirtschaft nun endgültig in eine schwere Rezession oder möglicherweise in eine Depression gestürzt. Die Auswirkungen der Pandemie führen auch dazu, dass die Rezession zum ersten Mal einen doppelten Charakter haben wird – sowohl Nachfrage als auch Angebot sind diesmal betroffen. Sie ist also nicht nur eine Krise des Konsums, sondern auch des Angebots, der Lieferketten, der Produktion und des Vertriebs. Dies hätte verheerende wirtschaftliche, soziale und politische Folgen im globalen Maßstab und wäre eine Multi-Krise aller Sektoren der kapitalistischen Wirtschaft. Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit, der sich bereits jetzt abspielt, und die Auswirkungen, die dies haben wird, sind ein Aspekt davon.

.Gegenwärtig hat diese Krise nach China und Südkorea ihre größten Auswirkungen in Europa und den USA, breitet sich aber schnell auch auf andere Gebiete aus. Die Furcht vor den Folgen dieser sich rasch entfaltenden Krise hat die herrschende Klasse in den meisten Ländern dazu gezwungen, komplett umzulenken, indem sie massive keynesianische Maßnahmen ergreifen und die neoliberale Politik praktisch über Nacht komplett aufgegeben haben.

Innerhalb weniger Tage wurden in riesigem Maßstab öffentliche Gelder in die Wirtschaft gepumpt, um die Unternehmen zu stützen. Die EZB hat nun eine QE-Spritze (Quantitative Lockerung A.d.Ü.) von 750 Milliarden Euro angekündigt. Der französische Präsident Macron kündigte an, dass insgesamt 345 Milliarden Euro in die französische Wirtschaft gepumpt werden sollen. Boris Johnson hat bereits eine Woche nach der Ankündigung des Haushalts weitere 330 Milliarden Pfund in die britische Wirtschaft gesteckt. Sogar US-Präsident Trump erwägt die Verwendung von »Helikopter«-Verteilmethoden, und will den Verbraucher*innen einfach Geld geben, in der Hoffnung, die Kaufkraft aufrechtzuerhalten. Trump erwägt demnach offenbar, 2000 US-Dollar auf das Bankkonto aller Amerikaner*innen zu überweisen! Ein Schritt übrigens, den die Regierung von Hongkong bereits unternommen hat.

Die bereits niedrigen Zinssätze wurden in einem verzweifelten Versuch, eine gewisse wirtschaftliche Aktivität aufrechtzuerhalten noch einmal drastisch gesenkt – in Großbritannien auf 0,1 Prozent- das niedrigste Niveau in der Geschichte! Bereits vor dieser Krise waren einige Zinssätze faktisch negativ.

Der Neoliberalismus wird aufgegeben

Angesichts dieser in Friedenszeiten beispiellosen Krise wurde die neoliberale Politik innerhalb weniger Tage zugunsten staatlicher Interventionen und keynesianischer Methoden aufgegeben. Elemente dessen, was während des Ersten und Zweiten Weltkrieges unternommen wurde, wurden von zahlreichen Regierungen wiederholt, in dem verzweifelten Bemühen, einen vollständigen Zusammenbruch und darauf folgende soziale Revolten zu vermeiden.

Die italienische Regierung verstaatlichte die wichtigste Fluggesellschaft des Landes und die spanische Regierung die private Gesundheitsversorgung. Macron sah sich gezwungen zu erklären, dass er bereit ist, die angeschlagenen französischen Unternehmen zu verstaatlichen. In Deutschland hat der christdemokratische Wirtschaftsminister von der Möglichkeit von Verstaatlichungen gesprochen und gleichzeitig davor gewarnt, dass »die Grundsätze der freien Marktwirtschaft nicht vergessen werden sollten.« Sogar Johnson in Großbritannien war gezwungen, an die Hersteller heranzutreten und an sie zu »appellieren«, die Produktion zu ändern, um Beatmungsgeräte für Krankenhäuser zu produzieren.

Sie alle haben ihre Ablehnung staatlicher Intervention und ihre neoliberale Politik angesichts einer Krise dieses Ausmaßes mit einem Wimpernschlag aufgegeben. Wie die Herrschenden in Kriegszeiten – insbesondere in den Weltkriegen von 1914-18 und 1939-45 – sind auch sie bereit, alles zu mobilisieren, um mit allen Mitteln ihr System zu stützen.

Wie erfolgreich sie eine Depression oder eine tiefe Rezession vermeiden können, bleibt in dieser Phase unklar. In der letzten Woche haben sie gezeigt, dass sie bereit sind, eine Hypothek auf die Zukunft aufzunehmen, um zu versuchen, eine Depression und einen Zusammenbruch möglichst zu vermeiden, aus Angst vor den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen, die sich daraus ergeben würden. Mit der globalen Entwicklung der Krise wird diese sich jedoch mit Sicherheit noch verheerender auf Asien, Afrika und Lateinamerika auswirken.

In einer früheren historischen Periode wurde eine Wirtschaftskrise dieser Größenordnung – ein massiver Schuldenberg, das Fehlen nachhaltiger neuer Märkte und eine Krise der Überproduktion, Aufrüstungsbemühungen und zunehmende Spannungen mit rivalisierenden Kapitalismen – mit barbarischen Methoden auf die Spitze getrieben, um das gesamte System durch die Zerstörung der Produktivkräfte »neu zu starten.« Dies führte dazu, dass jeder nationale kapitalistische Staat Maßnahmen zum Schutz seiner eigenen Interessen ergriff, was letztlich zu Kriegen und Weltkriegen führte. Heute steht diese Option der herrschenden Klasse wegen der gegenseitigen Zerstörung, die dies im Zeitalter der Atomwaffen mit sich bringen würde, nicht offen. Regionale Kriege zwischen rivalisierenden Mächten oder Stellvertreterkriege sind jedoch eine unvermeidliche Folge der aktuellen Krise. Der Kapitalismus kann als Folge mit einer längeren Periode wirtschaftlicher Rezession oder sogar Depression konfrontiert werden, in der viele der existierenden Produktivkräfte zerstört werden. Dies könnte auch eine intensive Periode sozialer, politischer und wirtschaftlicher Umwälzungen

auf globaler Ebene bedeuten, die in der jüngsten Geschichte des Kapitalismus beispiellos ist.

Der Rückgriff auf keynesianische Programme, die versuchen, einen solchen katastrophalen Zusammenbruch abzuwenden, erfolgt jedoch nicht wie zuletzt auf der Grundlage einer vereinbarten koordinierten internationalen Strategie der kapitalistischen Klassen. Es ist auch nicht aus einer starken wirtschaftlichen Position heraus geschehen. 2007/8 koordinierten die herrschenden Klassen nach einer anfänglichen Panik ihre Politik, um einzugreifen und das globale Banken- und Finanzsystem zu stützen.

Die gegenwärtige Krise findet unter völlig anderen internationalen politischen Bedingungen statt. Der Rückgang der Macht des US-Imperialismus, obwohl er immer noch die größte Weltmacht ist, und der Aufstieg Chinas und anderer regionaler Mächte bedeutet, dass weder die USA noch irgendeine andere Macht eine bestimmte Politik unwidersprochen gegen andere Mächte durchsetzen kann. Das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den USA und Mächten wie China oder Russland hat auch zu einem Prozess der Entglobalisierung und dem Rückfall in eine protektionistische und nationalistische Politik geführt. Dies hat sich während dieser Krise deutlich gezeigt, in der erkennbar jede kapitalistische Macht lediglich Maßnahmen zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen ergreift.

Der globale Kapitalismus musste sich dieser Krise zudem vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Handelskriege stellen. Er trat in die Krise mit einem Streit zwischen den beiden größten Ölproduzenten – Russland und Saudi-Arabien – ein, der die Kosten für Rohöl nach unten trieb, mit katastrophalen Folgen für Länder wie Nigeria und Venezuela, die vom Export ihres Öls abhängig sind.

Hinzu kommen die Unzulänglichkeiten der rechtspopulistischen kapitalistischen Politiker wie Trump, Johnson und Bolsonaro, die die Krise durch ihren Umgang mit der Situation noch verschlimmern haben. Im Rahmen seiner Wiederwahlkampagne hat Trump die Epidemie als »chinesisches Virus« bezeichnet, Johnson lehnt allgemeine Tests sogar für Mitarbeiter des Nationalen Gesundheitswesens (NHS) ab, und Bolsonaro leugnet weiterhin, dass es überhaupt ein ernstes Problem gibt, indem er umhergeht und Leute begrüßt, während er auf seine eigenen Testergebnisse wartet. Narendra Modi in Indien hat einen ähnlichen Ansatz gewählt.

Im Umgang mit der Viruspandemie besteht ein krasser Gegensatz zwischen den großen westlichen kapitalistischen Mächten und China. China, eine einzigartige staatskapitalistische Wirtschaft mit den Überresten des bürokratischen stalinistischen Regimes, welches in der Vergangenheit existierte, ist ein überaus aufschlussreicher Fall, trotz der anfänglichen Vertuschung des Virus, die dem Regime enormen Schaden zugefügt hat. Der chinesische Staat war in der Lage, innerhalb von zwei Wochen Notkrankenhäuser zu bauen (obwohl die betroffenen Arbeiter*innen unter sklavenähnlichen Bedingungen lebten) und Ärzte aus dem ganzen Land in die am schlimmsten betroffenen Gebiete zu schicken. Er sorgte auch dafür, dass ein Nahrungsmittelverteilungsnetz eingerichtet wurde. Auch Kuba setzte trotz bürokratischer Planung und teilweiser kapitalistischer Restauration eines der derzeit wirksamsten

Medikamente zur Behandlung der am schlimmsten vom Virus Betroffenen ein – Interferon Alpha 2B –, das dazu beitrug, die Zahl der Todesfälle erheblich zu reduzieren. Die Regierung entsandte daraufhin Ärzte nach Europa, um bei der Behandlung der Kranken in Italien zu helfen. Russland hat aus eigenen Gründen ebenfalls Mittel aufgebracht und Hilfe nach Italien zu schicken.

Die gegenwärtige Krise stellt einen entscheidenden Wendepunkt für den globalen Kapitalismus dar, sowohl in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als auch in Bezug auf die geopolitischen Beziehungen. Wie er genau aus dieser Krise hervorgehen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig ungewiss. Sicher ist jedoch eine umfassende Neuordnung der weltweiten und geopolitischen Beziehungen sowie große Kämpfe zwischen den Klassen mit mächtigen neuen Elementen von Revolution und Konterrevolution.

So wie der Erste Weltkrieg die Ära der gewachsenen Macht des US-Imperialismus eröffnete, wird diese Krise nun seine Position weltweit weiter untergraben. Wie weit sich dieser Trend entwickelt ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht klar. Auch China wird durch die Krise wirtschaftlich verwüstet, und es ist noch nicht absehbar, unter welchen Vorzeichen es aus der Krise hervorgehen wird. Die internationalen Spannungen und Konflikte werden sich jedenfalls verschärfen. Das kann zum Zusammenbruch oder sogar zur völligen Auflösung der regionalen Zusammenarbeit und Integration führen. In Europa ist die herrschende Klasse in höchster Angst über die Möglichkeit, dass diese Krise die EU in ihrer jetzigen Zusammensetzung zerreißen könnte. Einer der Hintergründe, der die EZB zur Entscheidung über eine massive Mittelfreigabe trieb, war ohne Frage die Angst vor einem Zerfall der Eurozone.

In dieser Krise wurden unweigerlich bereits alle Beschränkungen, die die Europäische Union ihren Mitgliedern und vor allem den Euroländern in Bezug auf die Höhe der staatlichen Haushaltsdefizite und die staatlichen Interventionen zur Unterstützung der maroden Industrien auferlegt hat, aus dem Fenster geworfen. Gleichzeitig haben sich die nationalen Spannungen innerhalb der EU weiter verschärft. Dies zeigte sich zum Beispiel, als Italien um dringende medizinische Hilfe aus den EU-Ländern bat und überhaupt keine Antwort erhielt. Es wurde Kuba, China und Russland überlassen, medizinische Hilfsgüter, Ärzt*innen und sonstige Unterstützung zu schicken.

Kurzfristig hat die verständliche Furcht vor den Folgen des Virus und den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die dieses in den meisten Ländern ausgelöst hat, zu einem ersten Gefühl der Notwendigkeit einer »nationalen Einheit« geführt, um angesichts einer solch verheerenden Krise zusammenzuhalten. Dies hat dazu geführt, dass die Massenbewegungen in Frankreich, Chile und anderen Ländern eine Zeitlang untergraben wurden.

In allen Ländern haben die Regierungen weitreichende Notstandsbefugnisse erhalten oder sind dabei, diese zu schaffen. Johnson in Großbritannien und Abe in Japan sind für zwei Jahre Notstandsbefugnisse erteilt worden! In Italien wurde der teilweise Einsatz der Armee von Geldstrafen in Höhe von 5000 Euro begleitet, die gegen jede*n verhängt werden, der/die ohne Genehmigung auf der Straße unterwegs ist. In einigen Ländern hat mit dem Einsatz

oder Teileinsatz der Armee und anderer staatlicher Kräfte eine gewisse Militarisierung der Gesellschaft stattgefunden.

Solche Maßnahmen wurden zunächst weitgehend als notwendig akzeptiert, um die Krise zu bewältigen und das Leben möglichst vieler Arbeiter*innen und ihrer Familien zu schützen. Sie ähnelt der Haltung, die sich in vielen Ländern zu Beginn des Ersten und Zweiten Weltkriegs entwickelt hat. Das CWI unterstützt alle Schritte, die zum Schutz des Lebens und der Interessen der Arbeiter*innen und ihrer Familien notwendig sind. Es kann jedoch nicht darauf vertraut werden, dass kapitalistische Regierungen Pandemie-Maßnahmen demokratisch und im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung anwenden werden. Ihr Hauptanliegen ist die Verteidigung der Interessen des Kapitalismus. Darüber hinaus werden sie ab einer bestimmten Phase alles versuchen, um die Arbeiter*innenklasse und die Mittelschicht direkt oder indirekt für diese Krise bezahlen zu lassen. Dies wird unweigerlich weitere große soziale Konflikte hervorrufen.

Autoritäre Notfallmaßnahmen können von den kapitalistischen Regierungen problemlos auch gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen gerichtet werden. Die jahrelange Verschiebung der Kommunalwahlen in England, einschließlich der Londoner Bürgermeisterwahlen, ist ein Hinweis darauf, wie die Krise zur Aushöhlung demokratischer Rechte genutzt werden kann. Es ist nicht auszuschließen, dass Trump sogar versuchen könnte, die Krise zu nutzen, um die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im November zu verschieben – obwohl dazu eine Verfassungsänderung notwendig ist, was nicht einfach wäre. Dies wäre ein äußerst gefährlicher Schritt für die US-Kapitalistenklasse, aber je nachdem, wie sich die Ereignisse in den USA entwickeln, kann ein solch drastischer Schritt von Trump nicht ausgeschlossen werden

Das CWI fordert eine demokratische Überprüfung und Kontrolle aller Notfallmaßnahmen, die während dieser Krise ergriffen werden, durch die Gewerkschaften und die arbeitende Bevölkerung. Es ist wichtig, dass wir für eine unabhängige Klassenposition der Gewerkschaften und der Arbeiter*innenklasse kämpfen. Es gibt aktuell ohne Frage enormen politischen Druck im Sinne einer »nationale Einheit« und sogar für die Teilnahme linker Parteien an Koalitionsregierungen zusammen mit den kapitalistischen Parteien. Obwohl das CWI diese Stimmung zur Kenntnis nimmt, lehnen wir alle Schritte zur Klassenzusammenarbeit durch »linke« Parteien und durch Gewerkschaften ab. Schritte in diese Richtung durch Gewerkschaftsführer*innen werden mit Sicherheit über Kurz oder Lang Kämpfe und Konflikte innerhalb der Gewerkschaften auslösen. Wir lehnen die Teilnahme an kapitalistischen Koalitionsregierungen der »nationalen Einheit« ab, welche ausschließlich die Interessen der herrschenden Klasse und nicht die der Werktätigen verteidigen werden. Stattdessen braucht die Arbeiter*innenbewegung ein eigenes »Aktionsprogramm« zur Bewältigung der Krise.

Klassenunterschiede aufgedeckt und die Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative

Diese Entwicklungen bedeuten keinesfalls, dass der Klassenkampf beendet ist. Im Gegenteil, die Klassenunterschiede in der Gesellschaft sind dabei noch stärker zutage zu treten. Eine weitere und tiefere Klassenpolarisierung wird sich mit Sicherheit entwickeln. Trotz anfänglicher Gefühle von Angst und Beklemmung sind die zugrunde liegenden Klassengegensätze durch die Krise noch stärker als bisher offengelegt worden und werden im weiteren Verlauf der Krise immer stärker in den Vordergrund treten.

Die Streiks, die in Italien und in Frankreich ausgebrochen sind, sind ein Vorgeschmack dessen, ebenso wie die Streiks der Arbeiter*innen von Mercedes Benz in Spanien, der Krankenhausreinigungskräfte in London und anderer Arbeiter*innen in anderen Ländern, einschließlich der USA. In den meisten Ländern, insbesondere in den von den »Shutdowns« betroffenen Ländern, hat sich eine instinktive Solidarität mit den Beschäftigten des Gesundheitswesens und anderen betroffenen Personen sowie ein gemeinsames Bewusstsein für die Notwendigkeit entwickelt, sich gegenseitig zu unterstützen. Das Topfschlagen und Singen in Barcelona gegen den spanischen König nach der Enthüllung seiner geheimen Auszahlung zeigt, wie die Klassenfragen in dieser Krise im weiteren Verlauf mit größerer Intensität vorgebracht werden. Selbst in Brasilien provozierte Bolsonaros ungeschickter Umgang mit der Pandemie einige der größten Proteste gegen seine Regierung überhaupt

Die politischen Folgen dieser Krise werden zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einer großen politischen Bewusstseinsveränderung führen und die Frage des kapitalistischen Systems auf die Tagesordnung setzen! Dies beginnt bereits mit einer Hinterfragung des »Kapitalismus« und der Art der Gesellschaft, in der wir leben bei Schicht von Arbeiter*innen. Große Teile der Arbeiter*innenklasse, der Jugend und der Mittelschicht können revolutionäre Schlussfolgerungen ziehen, wenn sie mit den Folgen einer lang anhaltenden wirtschaftlichen Rezession oder Depression konfrontiert werden. Die keynesianischen Maßnahmen werden zwar Wirkung zeigen, aber letztlich nicht die Forderungen der Arbeiter*innenklasse und der Massen befriedigen. In vielen Ländern spiegelt sich bereits ein tiefes Misstrauen gegenüber der Regierung und den Reichen in den Ansichten einiger Bevölkerungsschichten wider.

Sogar die Financial Times kam in ihrem jüngsten Brexit-Briefing zu dem Schluss: »Es liegt in der Natur katastrophaler Ereignisse wie der Pandemie, historische Entwicklungen, die ohnehin stattgefunden hätten, zu beschleunigen und neu zu gestalten. Der Erste Weltkrieg verschärfte die Unruhen in Russland, die zu den Revolutionen von 1917 führten, und trieb die Entstehung der USA als führende Weltmacht des 20. Jahrhunderts voran. Der Zweite Weltkrieg markierte das endgültige Ende der europäischen Vormachtstellung in internationalen Angelegenheiten und die Umwandlung des Planeten in eine Arena der amerikanisch-sowjetischen Rivalität. Die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen werden, wenn

sie nicht unter Kontrolle gebracht wird, mit Sicherheit ähnlich weitreichende Folgen haben.« (FT 17/3/20).

Die dramatische Radikalisierung und die Umwälzungen nach der Depression der 1930er Jahre und dem Zweiten Weltkrieg, die zu einer massenhaften Unterstützung von Verstaatlichungen und sozialistischer Veränderung führten, liefern uns wichtige Lehren. Nachdem die herrschende Klasse in dieser Krise zu großen keynesianischen Methoden und staatlichen Interventionen gegriffen hat, wird es für sie äußerst schwierig sein, diese einfach aufzugeben, wenn die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie nachlassen.

Gleichzeitig haben die Folgen der Krise zu einer Zunahme des Rassismus in einer bestimmten Schicht geführt und auch der nationalistischen extremen Rechten die Möglichkeit gegeben, eine gewisse Unterstützung zu erlangen. Dies kann sich in einigen Ländern als eine große Bedrohung erweisen, zum Beispiel in Polen, Ungarn und anderen Ländern, in denen die Rechte extreme bonapartistische Repressionsmaßnahmen ergreifen kann.

Diese Ereignisse werden die Arbeiter*innenklasse und ihre Organisationen international vor neue Herausforderungen und Aufgaben stellen. Die Notwendigkeit, kämpferische Gewerkschaften aufzubauen, die für die Verteidigung der Interessen aller Arbeiter*innen und der vom Kapitalismus ausgebeuteten Menschen kämpfen, ist heute dringender denn je. Vor allem der Kampf für den Aufbau von Massenparteien der Arbeiter*innenklasse und der Armen, um für eine neue Gesellschaft und den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus zu kämpfen drängt wie nie zuvor. Der Kampf für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung, sanitäre Einrichtungen, Trinkwasserversorgung und andere damit verbundene Gesundheitsfragen haben in vielen Ländern eine entscheidende Rolle beim Aufbau von Massenparteien der Arbeiter*innenklasse gespielt. In Sri Lanka baute die ehemalige trotzkistische Massenpartei, die »Lanka Sama Samaja Party«, ihre Massenbasis zunächst im Kampf gegen Malaria auf. Sie zeigte, dass es eine Alternative zur Untätigkeit des Staates gab und was eine sozialistische Alternative bedeuten könnte. Die heutige Coronavirus-Krise kann der Arbeiter*innenklasse schließlich auch die Gelegenheit bieten, Parteien und Organisationen aufzubauen, die den Kapitalismus weltweit mit einer sozialistischen Alternative herausfordern können.

Trotz und wegen Corona: Streiks und Widerstand

Globaler Protest von Unten

26. März 2020

Auch während einer globalen Pandemie steht für die Kapitalisten der Profit an erster Stelle. Auf der einen Seite wird unsere Bewegungsfreiheit eingeschränkt, andererseits sollen wir mit zahlreichen Kolleg*innen in Büros und Produktionsanlagen weiterarbeiten. Doch dagegen regt sich Widerstand – und das international!

von Jens Jaschik, Dortmund

500 Milliarden Euro will die Bundesregierung Konzernen zur Verfügung stellen, um durch die Corona-Krise zu kommen. In ganz Europa werden solche gewaltigen Rettungspakete geschnürt. Und was bekommen wir? Wir sollen die Kosten tragen: Kurzarbeit, Entlassungen, Arbeitsdruck. Und nicht nur das. Während das Geld weiter in die Taschen einer reichen Minderheit fließt, bekommen wir auf der Arbeit nicht mal ausreichend Schutz vor Corona.

Das hat einen Grund: Nicht die Kolleg*innen im Betrieb bestimmen über die nötigen Sicherheitsmaßnahmen und nicht die Mehrheit der Gesellschaft bestimmt, welche Unternehmen aktuell weiterlaufen und welche vorübergehend geschlossen werden. Die Entscheidungsgewalt liegt in der Chefetage und beim politischen Establishment. Kein Wunder, dass es weltweit zu Protesten kommt.

International

Im spanischen Staat haben 5000 Kolleg*innen des Mercedes-Werks Vitoria-Gasteiz, der größten Fabrik im Baskenland, gestreikt und die sofortige Schließung des Werkes aus gesundheitlichen Gründen gefordert. Obwohl die Geschäftsleitung in Verhandlungen mit dem Betriebsrat dies zunächst ablehnte, musste sie in Anbetracht der Arbeitsniederlegung der Forderung nachgeben. In dem Amazon-Lager in Madrid, eine Region, die als Hochrisikogebiet gilt, spitzt sich die Situation zu. Auch hier drohen die Kolleg*innen mit Streik, weil die

Geschäftsführung weiter machen will wie bisher – und sogar zusätzliche Zeitarbeiter*innen einstellen will – obwohl es schon drei Corona-Fälle im Lager gab.

Bei Amazon in Frankreich sind die Kolleg*innen inzwischen an vier Standorten – Montélimar, Chalon sur Saône, Douai und Saran – in den Streik getreten, um gegen die Nichteinhaltung der Abstandsregeln, die nicht stattfindende Reinigung der Arbeitsbereiche und den Mangel an Desinfektionsmitteln zu demonstrieren. In New York trat eine Schicht den Dienst nicht an, weil Amazon den Arbeitsbereich nicht ausreichend gereinigt hatte. Außerdem gibt es große Wut über die Frage der Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen. Gleichzeitig hat Amazon das Arbeitspensum in den USA von vierzig auf fünfzig Stunden pro Woche erhöht.

In Großbritannien, wo das Gesundheitssystem in den letzten Jahren zu Grunde gespart wurde, hatte die Regierung zuerst beschlossen, kaum Maßnahmen zu ergreifen und auf eine sich entwickelnde Herdenimmunität zu setzen. Boris Johnson musste nun zwar eine Kehrtwende hinlegen, aber es wurde wertvolle Zeit verloren. Die Wut auf die Untätigkeit der Regierung ist dementsprechend hoch. Inzwischen ist wiederholt Reinigungspersonal in Krankenhäuser in Warnstreiks getreten. In Nordirland haben am 25. März tausende Kolleg*innen des größten nordirischen Arbeitgebers Seagoe Moy spontan ihren Arbeitsplatz verlassen, weil sie sich weigerten, zu einer Arbeit zu gehen, die nicht sicher ist.

Italien

In Italien, das am stärksten von der Corona-Krise getroffen ist, hat sich der Klassenkampf am weitesten entwickelt. Solidarität und Protest zeigen sich dort nicht nur in Musik, die gemeinsam von den Balkonen gespielt wird, oder im Applaus für die Pflegekräfte, der ab 21 Uhr im ganzen Land ertönt, sondern auch in einer zunehmenden Zahl von Streiks. Nach mehreren Arbeitsniederlegungen im Norden, die Betriebsschließung forderten, drohen erste Gewerkschaften jetzt mit einem Generalstreik.

Die italienische Regierung hat daraufhin angekündigt, alle Unternehmen, Fabriken und Büros dicht zu machen, die nicht für die Grundversorgung nötig seien. Doch am Sonntag den 21. März wurde die Liste der Ausnahmen veröffentlicht: Die Produktion von Reifen, Plastik, und Stoffen, Autowerkstätten und die gesamte Chemiebranche sollen weiterlaufen. Hunderttausende sollen trotz Infektionsgefahr in dem Land mit den meisten Corona-Toten weiterarbeiten. Die Wut ist dementsprechend groß. Ein Generalstreik ist die richtige Antwort. Italien kann dadurch zu einem Lichtpunkt für ganz Europa und die Welt werden und demonstrieren, wie man der kapitalistischen Profitlogik und der Corona-Krise von Unten begegnen sollte.

Die Zahl der Proteste und Streiks wird weiter zunehmen. Es ist nicht möglich, alle hier aufzuzählen. Sie machen deutlich, dass der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit – zwischen denen, die täglich arbeiten gehen und die Gesellschaft am Laufen halten, und denen, die sich die Gewinne in die Tasche stecken – überall gleich ist. Wenn den Bossen der Banken

und Konzerne ihre Profite wichtiger sind als unsere Leben, müssen wir sie dort angreifen, wo es ihnen weh tut – beim Geld! Wenn wir die Arbeit niederlegen, läuft gar nichts mehr.

Perspektiven

Kolleg*innen streiken aktuell hauptsächlich, weil die Bosse der Unternehmen keine verschärften Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen umsetzen. Verbunden sind diese Proteste mit einer Wut auf das politische Establishment, das auf der Seite der Banken und Konzerne steht und deshalb unfähig ist, Maßnahmen im Sinne der Mehrheit der Menschen zu ergreifen. Das bietet Potenzial, dass sich die Proteste verallgemeinern, zunehmen und sich nicht nur gegen die Bosse in den jeweiligen Betrieben richten, sondern gegen das ganze System, dass die Schuld an der aktuellen Misere trägt.

Sobald die Corona-Krise vorbei ist, müssen wir weiterkämpfen. Die sich gerade entfaltende Weltwirtschaftskrise wird die Widersprüche weiter verschärfen. Wir müssen dafür streiken, dass die Verluste der Corona-Krise und der kommenden Wirtschaftskrise nicht auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abgeladen werden.

Alles ist anders

Wie die Corona-Krise Deutschland und die Welt verändert

27. März 2020

In atemberaubendem Tempo hat die Corona-Pandemie Deutschland und die Welt in eine allumfassende Krise gestürzt. Nichts ist mehr wie es war und Vieles spricht dafür, dass es auch nicht wieder so werden wird.

Von Sascha Staničić

Niemand kann zum jetzigen Zeitpunkt wissen, wie sich die Ausbreitung des Virus entwickeln wird und wie tief und nachhaltig die von ihr ausgelöste wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise werden wird. Aber eins sollte klar sein: Ausmaß und Verlauf der Krise sind keine Naturkatastrophe. Sie sind Folge der gesellschaftlichen Verhältnisse: der sich schon vor Ausbruch der Pandemie im Abschwung befindenden Weltwirtschaft, der international durch Kürzungen, Privatisierungen und Gewinnorientierung unzureichenden Gesundheitssysteme, der viel zu langsamen Reaktion der Regierungen der meisten Länder aufgrund der Vorherrschaft ökonomischer Interessen. Vieles wäre vermeidbar gewesen.

Wirtschaftliche Folgen

Mit milliardenschweren Rettungspaketen versuchen die Regierungen weltweit die ökonomischen Folgen der Pandemie zu begrenzen. Diese sind vor allem im Interesse der Banken und Konzerne ausgerichtet. Wie weit das gelingt, kann niemand vorher sagen. Aber klar ist: wir stehen am Beginn einer schweren, weltweiten Wirtschaftskrise, die sehr wahrscheinlich das Ausmaß der »Großen Rezession« von 2007-2009 übersteigen wird. Das wird die Einkommen der Arbeiter*innenklasse treffen, Erwerbslosenzahlen massiv erhöhen, Pleitewellen auslösen und den Druck erhöhen, dass die öffentliche Infrastruktur weiter abgebaut wird. Folge davon wird sein, dass die Polarisierung zwischen Arbeiter*innen- und Kapitalistenklasse zunehmen wird. Welche politischen Folgen das haben wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob Gewerkschaften und linke Parteien ein unabhängiges Programm zu

Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten entwickeln und den Kampf für dafür aufnehmen.

Heuchelei

In Zeiten solcher plötzlicher tiefer Krisen gibt es anfangs, wie auch oftmals im Krieg, die Tendenz, dass die Klassenunterschiede verdeckt werden durch den Wunsch, in schweren Zeiten zusammenzuhalten. Das kann vorübergehend die bestehenden Regierungen stärken, was sich in der Bundesrepublik in den Zuwächsen für die CDU/CSU in Meinungsumfragen zeigt. Merkel, Spahn und Co. gelingt es auch, von ihren Versäumnissen in der ersten Phase der Corona-Pandemie abzulenken und sich als entschlossene, aber besonnene Führung zu präsentieren. Sie überschlagen sich auch in Dankesbekundungen gegenüber Krankenpfleger*innen, Supermarktbeschäftigten, Postbot*innen und anderen Lohnabhängigen, die gerade ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, um die Gesellschaft am Laufen zu halten. Auch die Geschäftsleitungen von zum Beispiel Aldi und Penny bedanken sich in Werbespots bei ihren Beschäftigten und propagieren ein »Zusammenhalten.« Das sind dieselben Regierenden und Kapitalisten, die über Jahre das Gesundheitswesen kaputt gespart haben, die Arbeitsbedingungen bei der Post verschlechtert haben und in den Supermärkten viel zu niedrige Löhne zahlen. Plötzlich wird klar, dass es die Arbeiter*innenklasse ist, ohne die in dieser Gesellschaft nichts geht. An die verbale Wertschätzung werden viele Kolleg*innen Regierung und Kapital erinnern, wenn diese Krise vorbei ist und es um die Frage der Ausstattung des Gesundheitswesens und der Lohn- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten geht. Spätestens dann wird sich zeigen, dass bürgerliche Politiker*innen und die Bosse Heuchler*innen sind und die Profitmaximierung weiter das oberste Gebot im Kapitalismus bleibt.

Neoliberalismus in der Krise

Eines hat die Pandemie klar gemacht: der Markt regelt gar nichts im Interesse der Menschen. Von einem Tag auf den anderen werden neoliberale Dogmen außer Kraft gesetzt und aus allen Richtungen erschallt der Ruf nach Staatseingriffen. Aussetzen der Schuldenbremse, staatliche Konjunkturpakete, Diskussion um Verstaatlichungen zur Rettung großer Konzerne – wieso sollte der Staat eigentlich nur in Krisenzeiten besser für die Versorgung der Gesellschaft funktionieren als die Privaten? Diese Frage werden viele Lohnabhängige stellen und es ist nicht zu erwarten, dass die Herrschenden den Geist wieder in die Flasche zurück bekommen. Diese Krise wird eine umfassende Debatte darüber auslösen, wie eine Gesellschaft strukturiert sein muss, um eine Wiederholung solcher Ereignisse zu verhindern. Das bedeutet auch, dass es eine wachsende Offenheit für sozialistische Ideen geben wird, wie sie sich in den letzten Jahren angesichts des Klimawandels und der zunehmenden sozialen Ungleichheit in vielen Ländern schon begonnen hatte, zu entwickeln.

Klassenkämpfe

Unmittelbar wird der Schock der ökonomischen Krise es schwerer für Arbeiter*innen machen, in den Kampf zu treten. Die Gewerkschaftsführungen haben bei den Tarifrunden in der Metallindustrie und bei der Telekom schnell in vorauseilendem Gehorsam ihre Forderungen runter geschraubt. Aber ein Rückgang von betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen wird vorübergehend sein und es kann hier auch Ausnahmen geben, wenn Kolleg*innen gegen Betriebsschließungen und Massenentlassungen kämpfen sollten. Eine politische Radikalisierung kann sich aber auch in Zeiten von weniger Klassenkämpfen entwickeln.

Sozialistische Alternative

Diese Krise zeigt auch, dass die EU machtlos ist, wenn die Herrschenden in den Nationalstaaten panisch versuchen, ihre Interessen gegen andere Staaten durchzusetzen. Die geopolitische Stellung der USA wird weiter geschwächt werden und die Konflikte zwischen den Großmächten werden weiter zunehmen – militärische Konflikte und Kriege inklusive. Corona wird den Prozess hin zu wirtschaftlichem Protektionismus und Nationalismus auf Seiten der Herrschenden verstärken. Ebenso ist damit zu rechnen, dass der Abbau demokratischer Rechte, zumindest teilweise, nicht rückgängig gemacht werden wird und Tendenzen zu autoritären Herrschaftsmethoden zunehmen werden. Das macht es umso dringender, international sozialistische Arbeiter*innenparteien und kämpferische Gewerkschaften aufzubauen, die eine Alternative zu diesem Krisen-Kapitalismus aufzeigen können. Diese Dringlichkeit wird durch die Folgen der Pandemie immer mehr Arbeiter*innen und Jugendlichen klar werden.

Bayern: Regierung beschließt Aufhebung der Höchst Arbeitszeit

Kritisch bleiben und die Rechte der Beschäftigten
schützen!

28. März 2020

Das Corona-Virus beschleunigt und vertieft die Wirtschaftskrise, die ohnehin schon begonnen hatte. Als angebliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie wurden bereits Rechte von Beschäftigten außer Kraft gesetzt, wie das Verbot der Arbeit an Sonn- und Feiertagen. Deshalb ist trotz sinnvoller Maßnahmen zur Infektionseindämmung ein kritischer Blick auf die Regierungsarbeit angezeigt und die Rechte der Beschäftigten dürfen nicht geopfert werden. Im Gegenteil: Widerstand ist nötig, da der zunehmende Verschleiß von Menschen zugunsten von Profiten vorprogrammiert ist.

von Sebastian Sommerer, Bayreuth/Kulmbach

In diesen Tagen lässt sich besonders in Bayern Dialektik lernen: Weil er den Eindruck erweckt, jetzt entschlossen zu handeln, wird Markus Söder unkritisch gefeiert. Dafür gefeiert, dass er als erster Ministerpräsident Ausgangsbeschränkungen als Maßnahme zur Bekämpfung von Corona vorangetrieben hat.

Vor der Realität nicht die Augen verschließen

Doch die Realität im Kampf gegen Corona ist – auch in Bayern – eine ganz andere: Kaputtgesparte Kliniken mit mangelhafter Ausstattung und fehlender Schutzkleidung; überlastetes Pflege- und Krankenhauspersonal; leer gekaufte Supermarktregale und ein Einzelhandelspersonal, das am Limit kratzt; ein teilweise randvoller ÖPNV in den Städten; vollbesetzte Bü-

ros und Fabriken, da Millionen von Menschen noch für die Profite der Banken und Konzerne in nicht für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Bereichen schuften gehen müssen und das ganz ohne sich vor dem Virus schützen zu können.

Besonders fatal ist dabei, dass das effektivste Mittel im Kampf gegen Corona in ganz Deutschland nicht ausreichend angewandt wird: Massenweise Tests. Das liegt vornehmlich daran, dass die gesamte Infrastruktur überlastet ist und nicht frühzeitig ausreichend Material beschafft wurde. Wie effektiv die Ausgangsbeschränkungen sein werden, ist offen und es besteht die Gefahr, dass nach deren Lockerung eine zweite Welle exponentiellen Wachstums der Infizierten sich entwickeln kann.

Warnungen in den Wind geschlagen

Die Regierenden haben Warnungen ignoriert, zu spät reagiert und die Möglichkeit einer italienischen Situation durch das Kaputtsparen und die Privatisierungen im Gesundheitswesen selbst herbei geführt. Im Kapitalismus sind Menschenleben nun einmal grundsätzlich weniger wert als die Profite der Banken und Konzerne.

Da ist es angesichts der Katastrophe nur verständlich, dass für freiheitseinschränkende Maßnahmen, die das sinnvolle »social distancing« umsetzen, breite Akzeptanz vorherrscht. (Zu den Kontaktverboten siehe: <https://solidaritaet.info/2020/03/regierung-beschliesst-kontaktverbot/>) – Dabei ist es gerade in Krisensituationen angezeigt, wachsam und kritisch zu bleiben. Nicht nur, dass Maßnahmen, wie die bayerischen Ausgangsbeschränkungen, nach Corona zurückgenommen werden müssen – sondern vielmehr, da bereits jetzt grundlegende Recht der Beschäftigten angegriffen werden.

Aussetzung des Schutzes von Sonn- und Feiertagen

Aufgrund der mangelhaften Informations- und Aufklärungspolitik brach in Deutschland eine Art Panik aus, die sich vor allem in Hamsterkäufen widerspiegelte. Aber anstatt sich für den Schutz des Personals in den Supermärkten zu sorgen, wurde auf dieses ein Angriff gestartet und das Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen ausgesetzt. Eine Maßnahme, die das Kapital schon seit Jahren fordert und deshalb ein ständiges Arbeitsfeld für die Gewerkschaften in Bayern darstellt. Diese Maßnahme kam in der Bevölkerung jedoch derart schlecht an, dass sich sogar Besitzer von Supermärkten gezwungen sahen, sich hiervon zu distanzieren. Ist das bereits ein krasser Einschnitt, so gibt es noch weitere, welche bisher eher unbemerkt blieben.

Verkürzung der Pausenzeiten

Beschäftigte, die existentielle Güter herstellen oder Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge anbieten, trifft ebenso eine Verkürzung der Pausenzeiten. Die Min-

destdauer für die Pausen beträgt nach dem Arbeitszeitgesetz üblicherweise dreißig Minuten bei einer Arbeitszeit von sechs bis neun Stunden und 45 Minuten ab einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden.

Doch auch hier wird niemand geschont und so wurden die Pausenzeiten um jeweils eine Viertelstunde verkürzt. Also stehen bei einem Arbeitstag von mehr als sechs und bis zu neun Stunden lediglich fünfzehn Minuten zur Verfügung, bei mehr als neun Stunden nur dreißig Minuten. – Wobei davon auszugehen ist, dass viele Beschäftigte nicht einmal diese einhalten können, weil die Personaldecke zu dünn ist. Besonders drastisch werden die Auswirkungen der Verkürzung von Pausenzeit im Zusammenhang mit zwei weiteren Einschnitten.

Aussetzen der Höchstarbeitszeit und Ruhezeiten

Neben den Mindestzeiten für Pausen ist auch eine gesetzliche Ruhezeit von elf Stunden vorgesehen. Das bedeutet, dass zwischen dem Arbeitsende an einem Tag und dem Arbeitsbeginn am darauffolgenden Tag mindestens elf Stunden vergehen müssen. Wer also um 18:00 Uhr die Arbeit verlässt, darf frühestens um 05:00 Uhr wieder dort erscheinen. Diese Ruhezeit wurde nun um volle zwei Stunden verkürzt! In unserem Beispiel wäre deshalb ein Arbeitsbeginn ab 03:00 Uhr morgens, also nach bereits neun Stunden wieder möglich. Vor allem für Beschäftigte im Schichtbetrieb ist das brandgefährlich!

Besonders krass ist der Angriff auf die Höchstarbeitszeit von acht bzw. zehn Stunden – denn auch diese wurde in Bayern ausgesetzt! War es bisher nur mit Ausnahmen von Behörden möglich, bis zu zwölf Stunden zu arbeiten, könnte es nun alltäglich werden. Diese Aussetzungen des Arbeitszeitgesetzes gelten bis zum 30. Juni und damit viel länger als andere Maßnahmen.

Es mag sein, dass im Katastrophenfall in bestimmten Berufszweigen andere Regeln gelten müssen. Aber das muss konkret von Fall zu Fall entschieden werden. Die hier dargestellten Maßnahmen treffen alle Beschäftigten und sind damit ein Geschenk an die Kapitalisten. Was hat der Kampf gegen Corona davon, wenn in einer Waffenfabrik oder auf dem Bau die Pausenzeiten verkürzt und die Höchstarbeitszeit heraufgesetzt werden? Ausnahmeregelungen können in Krankenhäusern oder bei der Produktion von Beatmungsgeräten nötig sein. Die Entscheidung darüber sollten aber nicht die Regierenden und Kapitalisten treffen, sondern die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften.

Widerstand ist nötig: Solidarisch sein und aktiv werden!

Für viele Beschäftigte, die bereits am Rande ihrer Kräfte arbeiten, droht bei Umsetzung dieser Ausnahmen der komplette Zusammenbruch. Es ist daher umso wichtiger, solidarisch zu handeln und an der Seite derjenigen zu stehen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten.

Deshalb müssen die Regierenden derart unter Druck geraten, damit diese die Ausnahmen zurücknehmen müssen! Also: Werdet mit uns aktiv in den Gewerkschaften sowie in sozialen

Bewegungen und unterstützt uns im Kampf für eine sozialistische Welt, in denen das kapitalistische System, das Beschäftigte als Verschleißware betrachtet, der Vergangenheit angehört.

Kurswechsel der Gewerkschaften nötig!

Mit Burgfrieden gehen Arbeitsplätze und Löhne den
Bach runter.

01. April 2020

Am 25.3. beschloss der Bundestag einen Rettungsschirm in Höhe von insgesamt 600 Milliarden Euro, inklusive einer Neuverschuldung von 156 Milliarden Euro. Die Prioritäten wurden klar gesetzt.

Von Angelika Teweleit, Berlin

Kein Wort von besonderen Zulagen für diejenigen Beschäftigten, die das Leben am Laufen halten, indem sie sich und ihre Familien der Ansteckungsgefahr aussetzen. Keine Zusagen, dass alle weiteren Beschäftigten keine Einkommensverluste haben dürfen. Keine Erhöhung der Bezüge für Hartz IV Empfänger*innen. Fünfzig Milliarden Euro sollen an kleine Betriebe und Selbständige gehen, aber für viele wird das nicht reichen. Ein paar Milliarden sollen an die Krankenhäuser gehen, doch es würde noch viel mehr benötigt, allein um Personal auf der Grundlage einer besseren Bezahlung wieder zu gewinnen. Der überwiegende Teil der riesigen Summe, für die sogar die Schuldenbremse von heute auf morgen ausgesetzt wurde, aber wird für große Konzerne bereit gestellt, wenn sie Bedarf anmelden. Über die Rekordprofite der letzten zehn Jahre wird jedoch geschwiegen.

Logik der Sozialpartnerschaft

Die Gewerkschaftsführungen übten sich prompt in harmonischer Zusammenarbeit. Sie begrüßten die Maßnahmen der Regierung, insbesondere die Ausweitung der Kurzarbeit. Sie verschieben Tarifrunden. Wie schon vor der Corona-Krise sind sie zu weitgehender Zusammenarbeit mit Regierung und Kapital bereit.

Die Logik dahinter: wenn die Unternehmen gestützt werden, dann können sie nach der Krise wieder loslegen, die Arbeitsplätze bleiben erhalten, und somit würden die Interessen der Mitglieder am besten vertreten. Einige erinnern an den Begriff »Burgfrieden«, als die Gewerkschaftsführungen zu Beginn des Ersten Weltkrieges versprachen stillzuhalten. Schon damals bedeutete diese Politik ein Aufgeben der Interessen der Arbeiter*innenklasse im Interesse des kriegführenden Kapitals. Nun mag man einwenden, der Vergleich passe nicht, schließlich werden zur Zeit keine Arbeiter*innen eines Landes gegen die eines anderen Landes in die Schlacht geführt, sondern es handelt sich um die Abwehr einer Pandemie. Doch ähnlich wie in Kriegszeiten, oder auch in jeder tiefen Krise des Kapitalismus, stimmt es nicht, dass alle in einem Boot sitzen.

Kurzarbeit: kein Einlenken

Gerade laufen die Gewerkschaftsvorsitzenden bei den Arbeitgeberverbänden auf, wenn sie an die »soziale Verantwortung« appellieren. Hatten sie noch fest daran geglaubt, das Zugeständnis abzurufen, dass bei Kurzarbeit eine Verpflichtung für die Arbeitgeber verabredet würde, von den mickrigen sechzig Prozent (67% bei Beschäftigten mit Kindern) eine Aufstockung zu zahlen, so wurde sie enttäuscht. Nein, das sei nicht möglich. Möglich aber ist die vollständige Befreiung auch von den Sozialversicherungsbeiträgen für die Bosse! Das zeigt, wie wenig gewillt große Teile des Kapitals sind, irgendwelche Zugeständnisse, und seien sie noch so billig, in der Krise zu machen. Auch, wenn einige große Autokonzerne eine Aufstockung des Kurzarbeitergelds auf neunzig Prozent oder mehr zahlen, ist das noch kein großes Opfer. Schließlich werden sogar die Anteile der Arbeitgeber bei der Sozialbeiträgen übernommen.

Bosse sind nicht solidarisch

Es geht den Bossen nicht um den Erhalt der Arbeitsplätze oder darum, dass es den Beschäftigten gut geht. Es geht ihnen um die Sicherung ihrer Profite. Ja, und auch auf ihren persönlichen Luxus sind sie nicht bereit zu verzichten. Bei VW, Porsche, Audi – überall gab es eine Steigerung der Manager-Boni, teilweise über zwanzig Prozent. Die Multimilliardäre Jeff Bezos (Amazon), Dieter Schwarz (Lidl, Kaufland) und andere freuen sich über riesige Extraprofite. Die Geschwister Quandt (BMW) sitzen weiter auf ihren (geschätzten) über 35 Milliarden (!) Dollar Privatvermögen, Dieter Schwarz auf zwanzig Milliarden Dollar. Milliarden, die jetzt dringend für sinnvolle Investitionen gebraucht würden. In Wirklichkeit wird es keine Almosen von den Bossen geben, stattdessen nutzen sie den Windschatten der Pandemie und des damit verbundenen Ausnahmezustandes, um alle möglichen Maßnahmen zu rechtfertigen, die ihnen nützlich sind. Und auch die Regierung könnte weitere Überraschungen in der Schublade zu haben, wie eine Senkung des Rentenniveaus, wie einer Empfehlung der Rentenkommission Ende März zu entnehmen war.

Klassenkämpferische Politik nötig

Soviel ist klar: Milliarden werden den Konzernen in den Rachen geworfen. Doch irgendwer wird all das bezahlen müssen. Private Vermögen (2019 insgesamt mehr als 6300 Milliarden Euro, mehr als die Hälfte davon bei den oberen zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland) werden nicht angetastet. Also wird die große Mehrheit der Beschäftigten zur Kasse gebeten. Es wäre daher dringend nötig, dass die Gewerkschaften die Politik der sogenannten Sozialpartnerschaft beenden. Es gibt in der Krise keine gemeinsamen Interessen von abhängig Beschäftigten und Kapitalisten. Es muss zu einer klassenkämpferischen Politik der Gewerkschaften kommen. Die nächsten Wochen und Monate werden die Widersprüche der Krisenpolitik der Regierung schärfer zutage treten lassen. Mehr und mehr Kolleg*innen werden die jetzige Politik der Gewerkschaftsführungen in Frage stellen. Denn sie werden mit dem Rücken an der Wand stehen, um ihre Interessen zu verteidigen. Die Losung muss lauten: die Lohnabhängigen, Rentner*innen, Erwerbslosen dürfen nicht für diese Krise zahlen. Harte Abwehrkämpfe stehen bevor.

Es ist daher enorm wichtig, dass im Januar der Schritt für eine Strategiekonferenz der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) gelungen ist, um einen Anfang für den Aufbau einer klassenkämpferisch ausgerichteten Politik in den Gewerkschaften zu machen. Seit der Konferenz und seit Ausbruch der Corona-Krise wurde Material erstellt und die Reichweite hat sich vergrößert. Tretet mit der VKG in Kontakt, wenn Ihr Interesse habt: info@vernetzung.org

Öffentlicher Dienst in Zeiten der Corona-Pandemie

Für Verbesserungen kämpfen! Jetzt erst recht!

02. April 2020

Auch in Deutschland stürzt der Corona-Virus die ohnehin schon zuvor schwächelnde Wirtschaft in eine Krise unbekanntes Ausmaßes. Auch Fragen, die von Sozialist*innen immer in den Vordergrund gestellt wurden, beschäftigen immer größere Teile der Bevölkerung.

*Von Jan Horsthemke und Julian Koll, ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Dortmund**

Wie werden Waren produziert und verteilt? Wer sorgt jeden Tag für die Deckung der Grundbedürfnisse und die Aufrechterhaltung des sozialen Lebens? Wie ist es um die öffentliche Daseinsvorsorge bestellt? Hatten und haben essentielle Bereiche wie das Sozial- und Gesundheitswesen oder die Forschung ausreichende finanzielle Mittel, um die gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten im bestmöglichen Maße auszuüben?

Systemrelevant

Neben Arbeiter*innen im Einzelhandel, der Post, in der Gesundheitsversorgung usw. rücken auch Angestellte der Kommunen, insbesondere diejenigen, die in öffentlichen Kitas oder in Ämtern, die direkt mit der Bekämpfung des Corona-Virus beschäftigt sind, in den Fokus. So waren unzählige Berichte von überfüllten Gesundheitsämtern, die Tests und andere notwendige, die Verbreitung des Virus eindämmende Arbeiten durchführen, zu lesen. Des Weiteren bahnt sich eine regelrechte Arbeitsflut für die Sozialämter und Jobcenter an, da Millionen von Menschen in Deutschland im Zuge von um sich greifender Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Betriebsschließungen auf staatliche Gelder angewiesen sein werden, um über die Runden zu kommen. Auch hier zeigen sich schon die verheerenden Folgen Jahrzehnte langer Spar- und Kürzungspolitik, die zu einer untragbaren Situation sowohl für die hilfebedürftigen Menschen als auch die kommunalen Angestellten führen.

Situation der Beschäftigten und Zukunftsängste

Die konkreten Zustände der Lohnabhängigen, die verständlicher Weise im Augenblick große Angst haben, sich mit dem Virus zu infizieren, variieren stark bzgl. der verschiedenen Kommunen und Einrichtungen. Von, unter Zustimmung der Personalräte erarbeiteten Konzepten, die den Schutz von Risikogruppen und die notwendige Aufrechterhaltung eines Notbetriebs, zum Beispiel in Kitas, berücksichtigen, bis zu Kommunen bzw. Führungskräften, die sich weigern, Mitarbeiter*innen, die zu Risikogruppen gehören, nach Hause zu schicken bzw. von zu Hause arbeiten zu lassen, scheinen Lohnabhängige mit den verschiedensten Situationen konfrontiert zu sein. Hinzu kommt, dass die Bundestarifkommission von ver.di einen Tarifvertrag mit den kommunalen Arbeitgebern abgeschlossen hat, um tarifvertragliche Regelungen für Kurzarbeit festzulegen. Die Bundestarifkommission spricht in ihrer Pressemitteilung von »Handlungsbedarf« und zum Teil »nötiger Kurzarbeit.« Zugleich wurden hierbei die Mitglieder übergangen. Wie das »Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di« in einer Stellungnahme ausführt, ist die Einführung von Kurzarbeit im öffentlichen Dienst dann abzulehnen, wenn dadurch Einkommensverluste und Verschlechterungen für Beschäftigte die Folge sind und die Forderung nach hundertprozentiger Lohnfortzahlung aufrecht erhalten werden.

Die Gefahr ist gerade besonders groß, dass die Gewerkschaftsführungen sich, unter Nichtberücksichtigung der Mitgliedschaft, zu voreiligen und sich negativ für die Beschäftigten auswirkenden Kompromissen hinreißen lassen.

Tarifrunden im öffentlichen Dienst

Dies wirft auch ein besorgniserregendes Licht auf die in diesem Jahr anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Es gibt Befürchtungen, dass die im Sozial- und Erziehungsdienst schon gestarteten – momentan ausgesetzten – und die im Sommer beginnenden Verhandlungen für die übrigen öffentlichen Dienste damit enden, dass vonseiten der Gewerkschaftsführungen einem schlechten Ergebnis und sogar die Aufgabe des Sonderkündigungsrecht des Tarifvertrages ohne jegliche Arbeitskampfmaßnahme, mit dem Vorwand der wirtschaftlichen Krise, zugestimmt wird. Das muss verhindert werden.

Gerade jetzt und in naher Zukunft gilt es aber die gesellschaftliche Notwendigkeit des Gesundheitswesens, Sozial- und Erziehungsdienstes und anderer öffentlicher Dienste zu unterstreichen. Sobald es wieder möglich ist, muss auf Vollmobilisierung und wirklicher demokratischer Mitbestimmung basierende Streikmaßnahmen gesetzt werden, um die Bosse und Politiker*innen, die im Angesicht einer tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Krise, sich mit Danksagungen an die Lohnabhängigen zu überbieten versuchen, an ihren Taten zu messen und zu prüfen, ob sich die warmen Worte auch in notwendigen Lohnerhöhungen, besseren Arbeitsbedingungen und kürzeren Arbeitszeiten widerspiegeln.

Die Arbeiter*innenklasse hält jetzt und auch nach der Krise die Gesellschaft am Laufen. Das muss sich in besseren Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und letztlich in einem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem widerspiegeln. Die Gewerkschaften müssen endlich ihrer Rolle gerecht werden und gerade jetzt in Konfrontation mit den Herrschenden gehen, die über lange Zeit den Boden für die aktuellen sozialen Verwerfungen bereitet haben.

Aufwertung und Arbeitszeitverkürzung

Das bedeutet die Notwendigkeit nach einer deutlichen Aufwertung aller Berufe im öffentlichen Dienst durch eine Festgeldforderung im Bereich von 300 Euro mehr pro Monat sowie einer besonderen Erhöhung in den Pflegeberufen von 500 Euro mehr pro Monat, um den Pflegenotstand endlich beenden zu können. Auch die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ersten Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung wird unter den Vorzeichen wachsender Erwerbslosenzahlen eine neue Dringlichkeit erhalten.

Es ist schon anzusehen, dass gegen diese sinnvollen Forderungen ins Feld geführt wird, dass man sich das jetzt angesichts der Krise und der dadurch verursachten Kosten nicht leisten könne. Die Gewerkschaft muss dem entgegen halten: Was sich die Gesellschaft nicht mehr leisten kann, sind Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, die auf Kosten der Allgemeinheit gehen und auf der anderen Seite weiterhin wachsenden Reichtum einer kleinen Minderheit. Das obere ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland verfügt laut DGB über ein angesammeltes Vermögen von sage und schreibe 3800 Milliarden Euro. Zur Einordnung: die gesamten Ausgaben im Bundeshaushalt beliefen sich 2019 auf 356 Milliarden Euro. Es wäre also genügend Geld vorhanden, um einen massiven Ausbau des gesamten öffentlichen Dienstes – im Interesse der Mehrheit der Gesellschaft – umzusetzen. Wie ver.di zurecht beschreibt, muss deshalb als erster Schritt mittels Vermögensabgaben und -steuern der öffentliche Dienst besser finanziert und die Mitarbeiter*innen besser bezahlt werden.

Es kann nötig sein, die heiße Tarifrunde um ein paar Monate zu verschieben, um wieder aktionsfähig zu sein. Das sollte aber dazu genutzt werden, um schon jetzt die Kräfte zu sammeln und einen effektiven Kampagneplan für eine Tarifrunde vorzubereiten, mit dem die Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden. Auch die arbeitende Bevölkerung, die vom öffentlichen Dienst abhängig sind, sollten einbezogen werden und eine große Solidaritätskampagne vorbereitet werden. Nichts ist mehr wie es war. Es darf kein Zurück geben zu Bescheidenheit und Kompromissen. Für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst muss die Losung heißen: Jetzt erst recht. Es ist nötig, dass Kolleg*innen sich schon jetzt koordinieren, um entsprechenden Druck in ver.di aufzubauen. Dafür ist es möglich, das »Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di« anzusprechen.

*Funktionsangabe dient nur zur Kenntlichmachung der Personen

Die »Mutter aller Rezessionen«

Corona-Pandemie zerstört Hoffnungen auf wirtschaftliche Erholung

05. April 2020

Ende März 2020 ist es schwer eine genaue Vorhersage über den Krisenverlauf zu treffen. Immer mehr Länder befinden sich im Corona-»Lockdowns«, der zu seinem Höhepunkt bis zu Dreiviertel der Weltwirtschaft erfassen könnte. Der IWF-Chef sprach von der »Mutter aller Rezessionen«, die uns möglicherweise ins Haus steht. Drei Sachen sind jedoch klar: 1. Die Krise ist da. 2. Die Auswirkungen werden erheblich sein, wirtschaftlich wie politisch. 3. Nur hoffnungslose Optimisten können darauf hoffen, dass alles wieder so wird wie vorher.

Von René Arnsburg, Berlin

Damit soll nicht gesagt werden, dass es keine Krisengewinner gibt. Der Kapitalismus wird sich nicht selbst abschaffen. Der Kampf um die Aufteilung der Welt und der Märkte wird sich zuspitzen. Am Ende wird es Gewinner geben, Konzerne und Staaten, die auf dem Rücken der anderen ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss ausbauen können. Manche schließen auch einfach lukrative Wetten in Milliardenhöhe auf fallende Kurse ab. Wer dabei nur verlieren kann, wenn sich nichts grundlegend ändert, steht jetzt schon fest: Die Arbeiter*innen und Armen, die Mehrheit der Milliarden Menschen auf der Welt.

Mehrfach-Schock im Überschall

Die US-Regierung hat in der Nacht zu 25. März 2020 ein Konjunkturpaket in Höhe von 2000 Milliarden US-Dollar beschlossen. Dies beinhaltet sogar die Auszahlung von Geld an private Haushalte. Die Bundesregierung hat 600 Milliarden Euro an Hilfen für Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten beschlossen.

Das Volumen, als auch die Geschwindigkeit der Entwicklungen schlägt den Vergleich zur letzten Krise 2008/9. Während diese etwa drei Jahre brauchte, um sich voll zu entfalten, wurden Konjunkturpakete ebenso über diesen Zeitraum beschlossen. 2020 sehen wir, dass sich sowohl Einbruch der Weltwirtschaft, als auch Gegenmaßnahmen in diesem Ausmaß innerhalb von drei Wochen ereignet haben. Das Lahmlegen wichtiger Teile des Wirtschaftslebens als Maßnahme gegen die Ausbreitung des Corona-Virus führte ausgehend von China ab Januar 2020 zu einer Unterbrechung weltweiter Liefer- und Produktionsketten. Gleichzeitig ist sowohl das Angebot an Arbeitskraft durch zahlreiche Krankschreibung und Kontaktverbote sowie Quarantänemaßnahmen unzureichend, um die Produktion aufrecht zu erhalten.

Damit brach sowohl die Nachfrage nach Rohstoffen, Vorprodukten und anderen Waren in der Produktion, als auch der private Konsum ein. Die OECD schätzt, dass der Welthandel in diesem Jahr um 772 Milliarden US-Dollar einbrechen wird. Die kalkulierten Folgen davon sind unter anderem ein 14-prozentiger Anstieg der weltweiten Firmenpleiten. Für die gesamte Weltwirtschaft wird ein mögliches Nullwachstum oder gar eine Rezession angenommen.

Auf die deutsche Wirtschaft bezogen, die stark internationalisierte und vor allem mit China verbundene Wertschöpfungsketten aufweist, heißt das ein Einbruch des BIP zwischen zwei und fünf Prozent – letzteres ist mehr als im Krisenjahr 2009. Ein Faktor dabei ist auch das Einbrechen des Angebots an Arbeitskraft sowohl im Inland, als auch von Rohmaterialien und Zwischenprodukten aus anderen Ländern.

Die »Größere Depression« – Verlauf unklar

Wie auch nach den letzten Krisen diskutieren die Kapitalisten und ihre »Weisen« hitzig über den möglichen Verlauf der Krise. Ein V-förmiger Verlauf, also ein scharfer Einbruch mit einer folgenden ebenso schnellen Erholung basiert auf unrealistischen Annahmen. Allein der private Konsum, der die deutsche Wirtschaft in der zweiten Hälfte des letzten Jahres vor einer Rezession gerettet hat, dürfte jetzt durch Kurzarbeit und rasant steigende Arbeitslosigkeit einen Einbruch erleiden. Viel hängt davon ab, ob Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer effektiven und schnellen Eindämmung des Corona-Virus führen können.

Nach der letzten Krise waren die Investitionen des chinesischen Kapitals im In- und Ausland der Motor der Weltwirtschaft. Schon vor der Corona-Krise zeichnete sich dort bereits eine deutliche Verlangsamung des Wachstums ab. Trotz aller Konjunkturpakete wird sich das nicht wiederholen lassen. Selbst eine U-Form, ein tiefer Fall, wie wir ihn gerade sehen, ein kurzes Verweilen und dann eine schnelle Erholung, scheint da noch sehr optimistisch. Das »L«, also eine Krise, gefolgt von einer Stagnation, scheint eine Möglichkeit zu sein. Der Wirtschaftswissenschaftler Nouriel Roubini, spricht sogar von einer »Größeren Depression« im Vergleich zur großen Depression 1929-33 und einem »I« im Krisenverlauf, also einem Fall ins Bodenlose. Nicht zuletzt hängt der Krisenverlauf und vor allem die Frage, wer für deren Folgen zahlt, davon ab, ob es zu Gegenwehr in Form von Klassenkämpfen kommen wird und

die Arbeiter*innenklasse endlich dem kapitalistischen System, das uns in diese Lage gebracht hat, den Gar aus macht.

»Die Kapazitäten reichen hinten und vorne nicht«

Interview mit einer Intensivpflegerin des Klinikum Kassels

07. April 2020

Hochrangige Politiker wie Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sind voller Lob für die Beschäftigten in den Krankenhäusern. Unter extremen Bedingungen stellen die Kolleg*innen in den Kliniken sich dem Covid 19-Virus entgegen. Soweit es geht, wird versucht eine allgemeine gesundheitliche Versorgung aufrechtzuerhalten. Doch schon vor der Corona-Krise herrschte in der Pflege der Notstand. Welche Konsequenzen die Kürzungspolitik von Spahn und Co. haben, wird jetzt immer deutlicher. Solidarität sprach darüber mit einer Intensivpflegerin (Name ist der Redaktion bekannt) aus dem Klinikum in Kassel.

Wie hat Corona deinen Arbeitsalltag verändert?

Es hat damit angefangen, dass wir auf den Stationen nicht mehr genug Schutzmaterialien hatten. In China war schon die Krise in vollem Gange und darauf hätten die da oben sich auch schon hier vorbereiten sollen. Sie hätten die Gefahr schon im Dezember 2019 ernst nehmen müssen. Stattdessen wurde lange nichts unternommen. Es haben Leute aber schon Panik bekommen und auf einmal fehlten überall im Krankenhaus Desinfektionsmittel, Masken und Handschuhe. Der Zugang hierzu ist nun sehr eingeschränkt worden.

Was mich mittlerweile am meisten beunruhigt ist, dass ich nicht weiß, was mich erwartet, wenn ich zur Arbeit gehe. Jetzt noch weniger als zuvor. Wird die Intensivstation in eine Covid-Station umgewandelt? Werde ich auf eine andere Intensivstation versetzt? Wird eine Kollegin krank? Man lebt in ständiger Unsicherheit und wird nur wenig darüber informiert, was als nächstes passiert. Und wir stehen erst am Anfang der Krise. Was wenn hierzulande italienische Verhältnisse herrschen?

Die Kolleg*innen auf der Covid-Station sind sehr angespannt. Vor Betreten des abgesperrten Bereichs muss man sich etwa zwanzig Minuten vorbereiten: Sich umkleiden, Desinfek-

tion, Schutzkleidung anlegen. Dann durch die Schleuse. Während der Schicht auf Toilette zu gehen, Wasser oder Kaffee zu trinken ist nur schwer möglich, geschweige denn Pause zu machen und die Station zu verlassen.

Wie machen sich die Missstände, die es auch vor der Corona-Krise gab, jetzt bemerkbar?

Der auch in den letzten Jahren herrschende Personalmangel schlägt nun voll durch. Wenn ich frei habe, oder mir Urlaub nehme, muss ich ständig erreichbar sein und mich drauf einstellen, einzuspringen. Es wird auch mehr als zuvor erwartet, von einem Tag auf den anderen von Spät- auf Frühschicht zu wechseln oder andersherum. Da ist der Druck auf jeden Fall gestiegen.

Im Krankenhaus herrscht ein Ausnahmezustand. Es gibt viel Angst, sowohl beim Personal, als auch bei den Patient*innen. Es ist natürlich sinnvoll, dass es ein Besuchsverbot im Klinikum gibt. Aber dadurch haben wir auch mehr Arbeit, weil wir mehr Angehörigenarbeit leisten müssen (wenn diese besorgt bei uns anrufen) oder den Patient*innen mehr beistehen müssen, weil diese keinen Besuch mehr bekommen können. Obwohl dies eigentlich zu unserer Arbeit gehören müsste, haben wir dafür aber keine Zeit.

Was empfindest du, wenn du die mediale Berichterstattung über die Situation in den Krankenhäusern verfolgst?

Es ist schon interessant, welche Aufmerksamkeit die Pflege jetzt bekommt. Wir hatten schon immer einen schwierigen Job. Wir haben auch vor Corona tagtäglich unter schwierigsten Bedingungen auf der Intensivstation um das Überleben der Patient*innen gekämpft.

Im Klinikum Kassel und in vielen anderen Einrichtungen wurden immer wieder wegen Personalmangel Betten gesperrt, auch dauerhaft. Ich mache diesen Job gerne, aber es muss sich dringend etwas ändern. Immer wieder haben wir Überlastungsanzeigen aufgegeben, aber das hat nichts gebracht. Wir sind immer wieder auf die Straße gegangen und es hat sich nur wenig getan.

Jetzt schauen alle auf uns. Applaus und warme Worte helfen uns aber nicht. Wir brauchen dringend mehr Personal und angemessene Personalschlüssel, die auch eingehalten werden. Und nicht zuletzt auch eine bessere Bezahlung.

Machst du dir selber Sorgen, krank zu werden?

Im Krankenhaus ist das Infektionsrisiko hoch, auch trotz Schutzmaßnahmen. Es ist für mich momentan belastend, dass ich meine nahen Angehörigen zum Teil nicht mehr sehen

kann, weil diese zur Risikogruppe zählen und bei denen Corona auch zum Tode führen kann. Ich gehe zur Arbeit, dann nach Hause und muss alle sozialen Kontakte meiden.

Für Beschäftigte werden leider keine Corona-Tests angeboten. Unser Labor ist auch vollständig überlastet. Die Kolleg*innen dort – das sind wahre Helden! Aber auch sie sind völlig überlastet. Denn die Kapazitäten reichen auch hier hinten und vorne nicht.

Ich weiß nicht, was passiert, wenn ich selber an Corona erkrankte. Aber es bleibt das Problem, dass nicht genügend Kapazitäten vorhanden sind, das Personal zu testen. Das hinterlässt ein sehr mulmiges Gefühl.

Organisieren lohnt sich!

Die jahrelange Kampagne für mehr Personal in den Krankenhäusern hat in einigen Orten zu kämpferischen Strukturen von aktiven Kolleg*innen geführt. Diese sind gerade wichtig, um in der aktuellen Krise eigene Forderungen zu stellen und Druck aufzubauen.

In Berlin fordern Kolleg*innen von Vivantes und der Charité, sowie von den jeweiligen Tochtergesellschaften VSG und CFM direkte Verhandlungen mit dem Senat für Forderungen wie ausreichende Versorgung mit Schutzkleidung SOFORT, die Einstellung von neuem Personal, engmaschige Testung der Beschäftigten, die Versorgung des Personals mit Essen vor Ort, die Rückführung der Tochterunternehmen.

Im Uniklinikum Augsburg wird eine Gefahrenzulage von 300 Euro für alle Beschäftigtengruppen gefordert. Im Saarland fordern Kolleg*innen Zuschläge von fünfzig Euro pro Schicht. Leider gibt es in einigen Kliniken gerade auch eine Offensive der Arbeitgeber, wie mit dem Aussetzen von Dienstvereinbarungen. Eine starke Vernetzung in den Gewerkschaften für eine kämpferische Antwort auf die Krise ist nötig.

Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit und Zwölf- Stunden-Tag!

Aufhebung der Höchstarbeitszeit bei gleichzeitiger Rekord-Kurzarbeit beschlossen

08. April 2020

Was auf den ersten Blick als galoppierender Wahnsinn erscheint, sind in Wirklichkeit zwei Seiten einer Medaille. Bei Kurzarbeit wird der Nettolohn anteilig aus dem Budget der Bundesagentur für Arbeit gezahlt und nicht mehr von der Firma, bei der die Person angestellt ist. So werden die Lohnkosten inklusive des Unternehmensanteils zur Sozialversicherung aus der Staatskasse bezahlt. Die Umsatzeinbußen privater Unternehmen werden so durch staatliche Kostenübernahme ausgeglichen, während die Gewinne in privater Hand der Unternehmer*innen bleiben. Die Aussetzung des bisherigen Arbeitszeitgesetzes durch die Bundesregierung sorgt dafür, dass Beschäftigte privater, aber auch öffentlicher Unternehmen, in Zeiten eines hohen Arbeitsvolumens länger ausgebeutet werden können. Dafür muss bei einem längeren Arbeitstag kein neues Personal eingestellt werden. Bei beidem gewinnen nur die Unternehmen, während die Beschäftigten rechts und links geohrfeigt werden.

Von René Arnsburg, Berlin

Noch einmal zur Verdeutlichung: Ende März haben 470.000 Unternehmen Antrag auf Kurzarbeit gestellt. Selbst die Bundesregierung rechnet mit knapp 2,4 Millionen Kurzarbeitenden. Das wären doppelt so viele wie beim Höhepunkt der letzten Wirtschaftskrise 2009. Mit aktuellen Zahlen halten sich alle offiziellen Stellen jedoch sehr zurück – was nichts Gutes erahnen lässt.

Am 6. April 2020 platzte dann die Bombe. Die Regierung erlässt eine Verordnung bis Ende Juli, also über den Zeitraum aller bisher geplanten Maßnahmen hinaus, die die bisherigen Re-

gelungen des Arbeitszeitgesetzes aussetzt. Im Handelsblatt vom selben Tag heißt es: »Längere Arbeitszeiten sollen unter anderem für Beschäftigte in der Herstellung, Verpackung und beim Einräumen von Waren des täglichen Bedarfs, Arzneimitteln und Medizinprodukten möglich sein. Die Verordnung nennt aber unter anderem auch die Landwirtschaft, die Energie- und Wasserversorgung, Apotheken und Sanitätshäuser, Geld- und Werttransporte oder das Daten- und Netzwerkmanagement. Diese Arbeitnehmer dürfen auch an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden.« Angeblich zur Krisenbekämpfung eingesetzt, lässt das viel Interpretationsspielraum, welche Berufsgruppen darunter fallen und welche nicht. Der Arbeitstag kann auf zwölf Stunden bei gleichzeitiger Verkürzung der Ruhezeit von elf auf neun Stunden verlängert werden. Dabei sieht sogar das bisherige Arbeitszeitgesetz schon Ausnahmeregelungen im öffentlichen Dienst und Krankenhäusern vor. Die neue Verordnung ist eine Ausweitung der Regelungen auf weitere Wirtschaftsbereiche und ein Test, ob in Deutschland österreichische Bedingungen mit regulären Zwölf-Stunden-Tag und Sechzig-Stunden-Woche eingeführt werden können.

Bayerische Verhältnisse – Beschäftigte am Rand des Zusammenbruchs

Auf solidarität.info wurde bereits über die Einführung der gleichen Regelung auf Landesebene im Freistaat Bayern berichtet (<https://solidaritaet.info/2020/03/bayern-regierung-beschliesst-aufhebung-der-hoechst-arbeitszeit/>). Die Bundesregierung macht hier »die Bayerin« und führt wie schon die zuerst in Bayern erlassene und getestete Kontaktbeschränkung bundesweit ein. Markus Söder dürfte sich wieder einmal als Mann der Stunde, oder auch des deutschen Kapitals, mit seiner Politik im Interesse der Profitbewahrung sehen.

Was haben die etablierten Politiker*innen nicht die Held*innen im Gesundheitswesen gebubelt und beklatscht, während diese bereits vor der Corona-Pandemie am Rand des mentalen und körperlichen Zusammenbruchs – und oft darüber hinaus – arbeiteten. Schuld am Personalmangel in den Krankenhäusern und anderen Einrichtungen sind diese Arbeitsverhältnisse gepaart mit eklatanter Unterfinanzierung zu Gunsten der Gewinnorientierung selbst der öffentlichen Daseinsvorsorge, unter anderem durch Fallpauschalen und fehlende und kürzlich wieder ausgesetzte Personaluntergrenzen.

Es ist ein großer Druck durch die Beschäftigten entstanden, diese gesellschaftlich unverzichtbaren Tätigkeiten endlich besser zu entlohnen. DIE LINKE und ver.di fordern mittlerweile einen monatlichen Zuschlag von 500 Euro für Pflegekräfte. Diesem Druck folgend haben einige Einrichtungen bereits Bonuszahlungen zugesagt. Mehr Geld ist dringend nötig, aber mit der Einführung des Zwölf-Stunden-Tags laufen die Beschäftigten Gefahr, diese Zahlungen mit einer Abschaffung ihrer Schichtzuschläge zu bezahlen.

Das Beispiel des Gesundheitswesens und der Altenpflege lässt sich auf andere Bereiche wie den Lebensmitteleinzelhandel ausweiten, wo Kolleg*innen nicht nur erhöhtem Arbeitsdruck,

sondern ebenfalls einem vermehrten Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Die kürzlich verkaufte Handelskette real belohnt den Einsatz der Beschäftigten bei ungenügendem Gesundheitsschutz zum Beispiel mit einem Einkaufsgutschein in Höhe von hundert Euro – blanker Hohn. Als Kompromiss mit dem DGB und ver.di wurden Verkaufsstellen von Lebensmitteln und Lieferdienste aus der Verordnung ausgenommen, aber diese gilt dafür jetzt bis Ende Juli, als einen Monat länger, als im Entwurf vorgesehen. Dafür gibt es keine grundlegende Kritik der Vorsitzenden Hoffmann und Werneke daran. Der ver.di-Chef mahnt in einer Pressemitteilung die Unternehmen nur dazu, von der neuen Regelung besonnenen Gebrauch zu machen. Von denen also, die uns erst in die jetzige Krise gebracht haben!

Kurzarbeit ist ein staatlich organisiertes Umverteilungs- und Armutsprogramm

Während die einen länger arbeiten sollen, werden andere auf Kurzarbeit gesetzt. Sobald in einem Betrieb oder einer Abteilung ein Zehntel der Belegschaft auf Grund von Umsatzeinbußen durch Auftragseinbruch oder Corona-Maßnahmen zehn Prozent Entgelteinbußen verzeichnen würde, kann dieses Unternehmen für die betroffenen Bereiche Kurzarbeit bei der Bundesagentur für Arbeit anmelden. Der Nachweis obliegt dabei allein dem Management. Die Anforderungen für die Beantragung von Kurzarbeit wurden von der Bundesregierung im März noch herabgesetzt. Hierbei geht es nicht um den Gesundheitsschutz von Kolleg*innen, sondern einzig um die Rettung von privaten Profiten. Die Bundesagentur für Arbeit finanziert sich hauptsächlich durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Diese wird zur Hälfte von den Beschäftigten gezahlt, bei Kurzarbeit übernimmt der Staat den Arbeitgeberanteil. So zahlt die Arbeiter*innenklasse also während der Kurzarbeit die Löhne für diejenigen, die in Kurzarbeit landen.

Die Höhe des Kurzarbeitergelds von sechzig Prozent des Nettolohns (oder 67 Prozent bei Eltern) sorgt gerade dafür, dass Zehntausende ohne eigenes Verschulden so wenig Einkommen haben, dass sie sich fragen müssen, ob sie lieber die Miete zahlen oder etwas zu essen kaufen sollten. Von Arbeiter*innen im informellen Sektor oder ohne festes Vertragsverhältnis ganz zu schweigen, die nicht einmal Anspruch auf diese Regelung haben und ohne Arbeit gar kein Einkommen beziehen. Einige Unternehmen stocken daher das Kurzarbeitergeld bereits auf eine unterschiedliche Höhe auf. Doch selbst eine Zuzahlung bis auf einhundert Prozent des vorherigen Nettolohns bringt für die Unternehmer große Einsparungen mit sich. Jedoch gibt es Unternehmerverbände, wie den Handelsverband Deutschland (HDE), die sogar dies noch strikt ablehnen.

Kein Lohnverlust für niemanden!

Bei all dem Getöse über die Krise in der Wirtschaft darf nicht außer Acht gelassen werden, dass allein die drei großen Autokonzerne VW, Daimler und BMW über 180 Milliarden Euro an Gewinnrücklagen verfügen (<http://stephankrull.info/2020/03/29/vw-daimler-und-bmw-180-milliarden-euro-gewinnruecklagen/>). Diese drei Unternehmen schicken 200.000 Arbeiter*innen auf unsere Kosten in die Kurzarbeit, während sie insgesamt 7,5 Milliarden Euro Dividenden an die Aktionär*innen ausschütten wollen. Bei den 160 größten börsennotierten Unternehmen Deutschlands sind es satte 44 Milliarden.

Der bereits zuvor kriselnde Autohersteller Volkswagen ruft nach staatlicher Hilfe und zahlt gleichzeitig an 18.000 Management-Positionen im Schnitt 200.000 Euro Boni pro Kopf. Der DGB gab an, dass das reichste Prozent in Deutschland auf einem Vermögen von 3800 Milliarden Euro sitzt. Ganz objektiv besteht nicht die geringste Notwendigkeit, irgendjemanden mit Lohnverlust nach Hause zu schicken, auch wenn gerade nicht gearbeitet werden kann.

Gewerkschaften können und müssen kämpfen

Die Sol und kritische Gewerkschafts-Initiativen wie die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften lehnen den vorauseilenden Gehorsam der Führungen der DGB-Gewerkschaften ab, die das Konzept der Kurzarbeit bereits in der letzten Krise ausgearbeitet und mitgetragen haben. Statt konsequent die Interessen aller Beschäftigter zu vertreten und gegen Verschlechterungen zu kämpfen, wurde Co-Management in der Krise betrieben. In der Metall- und Elektroindustrie und im öffentlichen Dienst werden Tarifrunden nicht nur verschoben, sondern Krisen-Tarifverträge mit Lohnverlust ohne Kampf und im Hinterzimmer abgeschlossen. Der Arbeitskampf, die breite Diskussion und Entscheidung der Mitgliedschaft ist unter dem Vorwand der Infektionsbekämpfung nicht mehr vorgesehen.

Der Kritik an der Kurzarbeit wird vor allem entgegnet, dass sie der Beschäftigungssicherung dient. Wenn alle den Gürtel enger schnallen würden und die Füße still halten, sei die Krise schnell vorüber. Doch auch die letzte Krise wurde mit Rekordlaufzeiten bei Tarifverträgen, Mitgliederschwund im DGB und Ausweitung der prekären Beschäftigung bezahlt. Es ist nicht davon auszugehen, dass es diesmal anders wird und die Krise hat das Potential, diesmal deutlich größere Teile der gut organisierten Facharbeiter*innen vor allem in der Industrie zu treffen.

Dabei gab es damals wie auch jetzt trotz aller Widrigkeiten genügend Potential zur Gegenwehr. Dafür ist es jedoch nötig, konkrete Angebote für die Gegenwehr zu diskutieren und nicht von vornherein einen Rückzieher zu machen.

Gegen das Dilemma »Kurzarbeit genehmigen oder Entlassungen hinnehmen«, muss die Antwort lauten: Offenlegung der Geschäftsbücher. Wer entlässt, wird verstaatlicht und unter Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung gestellt. Das wird aber nur gesche-

hen, wenn reale Kampfvorschläge für betroffene Betriebe gemacht werden und nicht von vornherein aufgegeben wird. Die Verstaatlichung ist gleichzeitig das einzige wirksame Mittel, um einem Lohnverlust der Kolleg*innen vorzubeugen.

Es wird zwangsläufig eine Situation eintreten, in der vor allem kleine Unternehmen ihre Belegschaft nicht bei voller Bezahlung nach Hause schicken können. Neben der Verstaatlichung von Unternehmen, die Entlassungen vornehmen, muss letztendlich der Staat dafür sorgen, dass Beschäftigte nicht mit leeren Händen vor der Tür stehen. Eine soziale Mindestsicherung oder Lohnfortzahlung muss jedoch damit verbunden sein, dass diese nicht durch Beiträge vom Rest der Arbeiter*innenklasse finanziert werden, sondern durch das vorhandene Vermögen der Besitzenden.

Arbeit gerecht verteilen – Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich jetzt!

Bereits vor dem Beginn der Krise war die Arbeit in der Gesellschaft ungleich verteilt. Einer im Schnitt über 40-stündigen Arbeitswoche standen Millionen Erwerbslose und Unterbeschäftigte gegenüber. Das Ganze wird jetzt auf die Spitze getrieben und das Extrem der um ihre Existenz bangenden Erwerbslosen und Kurzarbeiter*innen wird durch jene kontrastiert, die bis zum Umfallen arbeiten müssen. Im Interesse aller sollte die Arbeit genauso wie der Reichtum in der Gesellschaft gleichmäßig verteilt sein.

Es sollte nicht davon ausgegangen werden, dass jeder Feinwerkmechaniker ohne Weiteres zum Kindergärtner oder Krankenpfleger umgeschult werden will, genauso wie nicht jede Altenpflegerin unbedingt am Fließband in der Produktion arbeiten möchte.

Bei entsprechenden Maßnahmen jedoch, wie der angemessenen Entlohnung von Pflegeberufen und Rückholprämien, ließen sich zehntausende im Gesundheitsbereich reaktivieren. Dies hätte zur Folge, dass die Arbeitsbedingungen verbessert würden. Es könnte in kürzeren Schichten gearbeitet werden, was zu mehr Erholung und einer Verringerung der Kontakte durch eine Person mit möglicherweise infizierten Menschen führen würde.

Die Produktion und der Transport könnte – und müsste – insbesondere jetzt auf gesellschaftlich notwendige Güter umgestellt werden. Mehr Personal könnte auch hier zur besseren Umsetzung von Gesundheits- und Arbeitsschutz genutzt werden. Um den Bedarf an notwendigen Gütern überhaupt festzustellen, ist die Erfassung in den Betrieben vor Ort durch die Belegschaften und die Umstellung der Produktion unter deren Kontrolle notwendig.

Da kürzere Arbeitszeit das Leben nicht günstiger macht, ist ein Lohnausgleich nötig und möglich, wenn die Gewinne und der private Reichtum dafür genutzt werden.

In der Krise liegt für Viele der Personalausgleich nicht auf der Hand. Wo die Produktionskapazität aber heruntergefahren wird und nicht weiter auf andere Güter umgestellt werden kann, muss die Arbeitszeit weiter auf ein gesellschaftlich sinnvolles Maß reduziert werden

kann. Seit vielen Jahrzehnten ist die 30-Stunden-Woche in der Gewerkschaftsbewegung präsent, aber sie ist keine Forderung, an die man sich sklavisch halten muss. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf diese Zahl kann auch ein erster Schritt zur Entlastung der am meisten geschröpften Kolleg*innen sein, um dann noch weiter zu gehen. Und der Kampf dafür ist ein Einstieg in den Kampf darum, wer in der Gesellschaft überhaupt entscheidet.

Es kann in Krisensituationen notwendig sein, bestimmte Regeln zu ändern und die Arbeitszeit heraufzusetzen, um die Versorgung sicher zu stellen. Das sollte jedoch nicht geschehen, ohne dass alle anderen Möglichkeiten der Personalaufstockung und Ausfinanzierung erschöpft sind. In der Verordnung der Bundesregierung ist eine Formulierung enthalten, die das aussagen soll. Diejenigen, die jedoch nachweisen sollen, dass sie einen Zwölf-Stunden-Tag nicht vermeiden können, sind auch diejenigen, die jetzt Hunderttausende Beschäftigte ungewollt vor die Tür setzen.

Alle Maßnahmen, die die Arbeiter*innenklasse betreffen, sollten auch von ihr diskutiert und demokratisch entschieden werden und nicht in einem bürokratischen Prozess von pro-kapitalistischen Politiker*innen.

Corona: Menschen schützen statt Profite!

Ein sozialistisches Programm gegen Corona, Krise und Kapitalismus – aktualisiertes Programm-Faltblatt der Sol

14. April 2020

Die Ausbreitung des Coronavirus ist gefährlich und bedroht weltweit das Leben von Hunderttausenden. Ein Blick nach Italien oder in die USA reicht, um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie sehr die Situation angesichts eines überlasteten Gesundheitswesens außer Kontrolle geraten kann. In Deutschland wurde, wie in vielen westlichen Ländern, versäumt frühzeitige und entschlossene Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen, um ein exponentielles Wachstum der Infizierungen zu verhindern. Dass dies möglich war, scheinen Länder zu zeigen, die die Verbreitung des Virus eindämmen konnten, obwohl sie deutlich mehr Austausch mit China haben. Dann wurde auch in Deutschland das gesellschaftliche Leben runter gefahren, aber die Profitinteressen von Unternehmen und Banken stehen dem im Weg. Millionen müssen weiter in Fabriken, auf Baustellen und im Dienstleistungsbereich arbeiten und im öffentlichen Nahverkehr zur Arbeit fahren, obwohl ihre Tätigkeit nicht zur Versorgung während der Krise notwendig ist. Das ist absurd und dient nur den privaten Profitgeuren. Diese Arbeitsstellen gehören geschlossen, solange Schulen geschlossen sind und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gelten!

Tests ausweiten, Schutzkleidung herstellen

Jetzt zeigt sich: Der Markt ist nicht in der Lage, Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse der Bevölkerung zu organisieren. Es ist ein Skandal, dass Wochen nach Ausbruch der Pandemie immer noch ein Mangel an Tests, Gesichtsmasken und Schutzkleidung besteht und dass immer noch nicht sicher ist, ob die Krankenhauskapazitäten – das heißt die Zahl der Intensivbetten, Beatmungsgeräte und Pfleger*innen – ausreicht, um in Zukunft alle Erkrankten zu versorgen. Offenbar ist davon nicht auszugehen, denn die Quarantäne-Regeln für medizinisches Personal wurden vom Robert-Koch-Institut gelockert, weil offenbar die

Sorge besteht, dass die Pandemie aufgrund des Personalmangels in den Krankenhäusern außer Kontrolle gerät.

In Deutschland ist es vielerorts unmöglich, überhaupt einen Test zu machen, selbst wenn man über entsprechende Symptome klagt. Wenn man nicht in einem Risikogebiet war oder direkten Kontakt zu einem oder einer Infizierten hatte, werden einem Tests vielfach verweigert. Auf Testergebnisse wartet man tage- oder gar wochenlang. Dringend muss die Zahl der Corona-Tests massiv erhöht werden, damit Menschen nicht unwissentlich das Virus weitertragen. Dazu müssen alle notwendigen Investitionen in einen Ausbau von Testgeräten und Laborkapazitäten getätigt werden.

Die Reichen sollen zahlen!

Alle nötigen Maßnahmen müssen durch diejenigen finanziert werden, die seit Jahren privaten Reichtum in ihren Händen konzentrieren und nicht im Interesse der Gesellschaft einsetzen. Wir fordern deshalb eine einmalige Corona-Abgabe von dreißig Prozent auf Vermögen ab einer Million Euro zur Finanzierung der nötigen Maßnahmen. Das würde 480 Milliarden Euro einbringen. Ebenso fordern wir die Beschlagnahmung der geplanten Ausschüttung von 44 Milliarden Dividenden der Aktiengesellschaften (mit Ausnahme von Kleinaktionär*innen).

Arbeiter*innenrechte schützen – Mehr Personal in Krankenhäusern!

Keine der notwendigen Maßnahmen darf auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung umgesetzt werden. Alle Beschäftigten, die freigestellt werden oder zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben müssen, müssen ihren vollen Lohn gezahlt bekommen. Beschäftigte, die in der jetzigen Situation weiter arbeiten müssen und sich so einem erhöhten Risiko aussetzen, sollen Zuschläge von mindestens fünfzig Prozent erhalten. Beschäftigte im Gesundheitswesen sollten einen Zuschlag von hundert Prozent erhalten. Auf dieser Basis sollten ehemalige Krankenpfleger*innen und Ärzt*innen mobilisiert werden, um dem Personalmangel in den Krankenhäusern unmittelbar entgegenzuwirken. Alle nicht medizinisch absolut notwendigen Tätigkeiten müssen in den Krankenhäusern verschoben werden – die Entscheidung darüber muss von Komitees der Ärzt*innen und Pflegekräfte getroffen werden, nicht von den Chefärzt*innen und Klinikleitungen. Die Aufhebung der Personaluntergrenzen durch Krankheitsminister Spahn muss rückgängig gemacht werden. Ebenso müssen die Hygiene- und Schutzvorkehrungen in Supermärkten und anderen Arbeitsstätten unter Kontrolle von Belegschaften und Gewerkschaften festgelegt und kontrolliert werden. Gerade in Supermärkten ist mehr Personal nötig, um zum Beispiel die nötige Desinfizierung von Einkaufswagen etc. vorzunehmen.

Nein zum 12-Stunden-Tag!

Die Regierung hat nun die Arbeitszeitgesetzgebung geändert und ermöglicht den 12-Stunden-Tag und kürzere Ruhezeiten für bestimmte Branchen. Das ist ein Eingeständnis ihrer Unfähigkeit, ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen – was möglich wäre, wenn die Löhne deutlich erhöht würden. Zusammen mit dem Mangel an Schutzkleidung, der Lockerung der Quarantäne-Regelung und zu wenig Testung bedeutet dies eine enorme Gesundheitsgefährdung des Personals, was nicht akzeptiert werden darf. Wir lehnen diese Verschlechterung für die abhängig Beschäftigten ab. Es mag sein, dass im Katastrophenfall in bestimmten Berufszweigen andere Regeln gelten müssen. Aber das muss konkret von Fall zu Fall entschieden werden. Erstens müssen aber alle Maßnahmen ergriffen werden, um das zu verhindern und zweitens darf die Entscheidung darüber nicht bei den Regierenden und Kapitalisten liegen, sondern bei den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften.

Die Angriffe auf die Rechte der Lohnabhängigen müssen zurückgeschlagen werden. Dazu ist es nötig, dass vor allem die Gewerkschaften eine Kampagne beginnen und zum Mittel des Streiks greifen.

Kontaktverbote und Ausgangssperren

Bundesregierung und die Ministerpräsident*innen der Länder haben am 22. März ein Maßnahmenpaket zur Eindämmung der Corona-Infektionswelle beschlossen. Die weitestgehende Maßnahme ist das Verbot von Menschenansammlungen, die größer als zwei Personen sind.

Aber die Menschen fragen sich zurecht, wieso viele weiterhin jeden Tag in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren und dort mit oftmals dutzenden oder hundert Kolleg*innen zusammen treffen sollen, um Dinge herzustellen, die zur Aufrechterhaltung der lebensnotwendigen Versorgung in dieser Krise nicht nötig sind. Waffen zum Beispiel oder Kühlschränke, Kleidung, Werbung und Möbel.

Die #stayathome-Kampagne lenkt auch davon ab, dass weitergehende, notwendige Maßnahmen nicht ergriffen werden, weil die Profitinteressen der Unternehmen auch in Zeiten der Pandemie im Zweifelsfall vorgehen. Sie individualisiert die Verantwortung für die Ausbreitung des Virus, wo es eigentlich angemessen wäre, die politische Verantwortung der Regierenden in den Fokus zu rücken.

Wir fordern, die sofortige Schließung aller Betriebe, so lange Abstandsregeln eingehalten werden müssen – mit Ausnahme derjenigen, die für die lebensnotwendigen Versorgungsabläufe gebraucht werden. Um dies und auch die Wiederaufnahme der Arbeit zu entscheiden, sollen demokratische Gremien bestehend aus gewählten Vertreter*innen von Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucherschutzorganisationen, Ärzt*innenschaft und von Regierungen auf allen Ebenen eingerichtet werden, in denen die Vertreter*innen der Arbeiter*innenklasse die Mehrheit stellen.

Produktionsplan nötig

Ein Notfallplan zur Herstellung von Medikamenten, Schutzkleidung, medizinischen Geräten und für den Ausbau von Krankenhauskapazitäten ist nötig. Die Umstellung von Produktion auf sinnvolle und notwendige Produkte ist möglich, wie sich gerade an der – viel zu späten – Umstellung der Produktion beim Sportartikelhersteller Trigema auf Mundschutze und bei Volkswagen auf Medizingeräte zeigt. Betriebsräte der »Alternative«-Gruppe bei Daimler haben weitere Vorschläge gemacht, was in ihrem Werk in Berlin-Marienfelde für den Kampf gegen das Virus produziert werden könnte. Es ist nötig, dass die Produktion sofort überall unter die Kontrolle der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gestellt wird, um eine solche Umstellung zu erreichen. Weigern sich Unternehmen, gehören sie in die öffentliche Hand überführt. Zusätzlich sollten Atemschutzmasken, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte in solchen Betrieben konfisziert und an die Krankenhäuser verteilt werden, deren Produktion eingestellt werden kann.

Preiskontrollen!

Geldgierige Hersteller und Händler treiben weiterhin die Preise für Medikamente, Desinfektionsmittel und Schutzkleidung in die Höhe. Diese müssen unmittelbar in die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Preise müssen demokratisch kontrolliert und Obergrenzen festgelegt werden.

Millionen retten, nicht Milliardenä

Die Bundesregierung hat ein milliardenschweres Rettungspaket beschlossen, um einen völligen Absturz der Wirtschaft zu verhindern. Das Problem ist, dass Geld sowohl an diejenigen fließen soll, die davon eh schon zu viel haben und in den letzten Jahren Rekordprofite gemacht haben – die großen Banken und Konzerne -, als auch an kleine Gewerbetreibende, deren Existenz nun bedroht ist. Erstere sollten jedoch für die Kosten der Krise zahlen, letzteren muss schnell geholfen werden.

Betriebe, die Entlassungen vornehmen, sollten in öffentliches Eigentum überführt und die Privatvermögen der Eigentümer*innen und Anteilseigner*innen konfisziert werden. DIE LINKE fordert zurecht einen Pandemie-Zuschlag auf Sozialleistungen. Aber jetzt ist die Zeit gekommen, dass ganze Hartz IV-System über Bord zu werfen und eine soziale Mindestsicherung von 750 Euro plus Warmmiete einzuführen.

Nicht zuletzt muss jetzt auch den Mieter*innen geholfen werden. Das zeitlich begrenzte Kündigungsverbot der Regierung greift zu kurz. Nötig sind unter anderem ein Stopp von Mieterhöhungen, Wohnungskündigungen, Zwangsräumungen sowie von Strom- und Gasperren; staatliche Übernahme der Mietzahlung im Fall von krisenbedingten Einkommens-

verlusten der Mieter*innen und nur im Falle erwiesener Bedürftigkeit der Vermieter*innen; die Beschlagnahmung leerstehender Wohnungen, Büros und Hotels zur Unterbringung von Wohnungslosen und von Menschen in beengten Wohnungen und Sammel- & Geflüchtetenunterkünften; ein Erlass von Mietschulden und Aussetzung von Hypothekenzahlungen auf selbstgenutztes Wohneigentum für Menschen mit Einkommensausfällen, sowie die Einführung einer reglementierten und kontrollierten Kostenmiete und die Enteignung großer Wohnungskonzerne wie VONOVIA zur schnellen Mietsenkung.

Demokratische Rechte verteidigen

Die Große Koalition wird diese Forderungen nicht ohne massiven Druck aus der Arbeiter*innenklasse umsetzen. Dazu ist es nötig, dass vor allem die Gewerkschaften eine Kampagne beginnen und zum Mittel des Streiks greifen, wie es zum Beispiel Beschäftigte in Italien, Spanien und Österreich getan haben.

In der Bevölkerung gibt es eine große Bereitschaft, die beschlossenen Regeln zum »social distancing« zu befolgen. Keine Frage: Die Angst geht um. Angst sollte es aber auch machen, dass mit einem Federstrich demokratische und soziale Rechte ausgehebelt werden. Da werden mal eben die Ladenöffnungszeiten verlängert, erst in Bayern und dann bundesweit das Arbeitszeitgesetz ausgesetzt und die Personaluntergrenzen in den Krankenhäusern aufgehoben. Diese Entscheidungen werden von genau den Politiker*innen gefällt, die dafür verantwortlich sind, dass das Gesundheitswesen über Jahre nicht nach Bedarf, sondern nach Gewinnmaximierung ausgerichtet wurde und die viel zu spät auf die sich anbahnende Corona-Pandemie reagiert haben. So sehr Merkel, Spahn und Co. jetzt auch den Eindruck erwecken, entschlossen und gleichzeitig besonnen zu handeln – es gibt keinen Grund dieser Regierung im Kampf gegen die Pandemie zu vertrauen. Nötig ist eine radikale Demokratisierung des Kampfes gegen das Virus – indem die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, Ärzt*innenverbände und Wissenschaftler*innen alle Maßnahmen kontrollieren und Veto einlegen können bzw. selbst darüber entscheiden, welche Betriebe weiter laufen und wo die Produktion auf Beatmungsgeräte, Schutzkleidung und andere nötigen Güter umgestellt werden soll.

Die Herrschenden nutzen die Corona-Pandemie dafür, demokratische Rechte weiter einzuschränken und Massenproteste zu verhindern. Keine Frage: Massenversammlungen bergen Gefahren, aber es dürfen nicht die Kapitalisten und deren willfährige Regierungen sein, die entscheiden, ob wir für unsere Rechte auf die Straße gehen oder streiken. Das ist ganz allein unsere Entscheidung, die wir demokratisch in den entsprechenden Gewerkschaften und Organisationen fällen müssen. Deshalb müssen politische und gewerkschaftliche Versammlungen von allen staatlichen Verboten ausgenommen und die Entscheidung über die Durchführung in die Hände der Arbeiter*innen- und sozialen Bewegungen gelegt werden.

Für ein bedarfsgerechtes, öffentliches Gesundheitswesen

Die Corona-Krise zeigt, dass das Gesundheitswesen nicht an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Es muss sofort vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Das muss unter anderem beinhalten,

- dass privatisierte Krankenhäuser wieder in öffentliches Eigentum überführt werden und demokratisch kontrolliert und verwaltet werden
- dass die Fallkostenpauschalen abgeschafft werden und alle anfallenden Kosten durch die Kassen übernommen werden
- dass die Löhne in den Pflegeberufen dauerhaft um mindestens 500 Euro erhöht werden
- dass eine gesetzliche Personalbemessung nach realem Bedarf eingeführt wird und es ein massives Investitionsprogramm im Gesundheitswesen gibt

Für sozialistische Demokratie

Die Corona-Krise ist auch eine System-Krise. Nicht nur, weil sie die – ohnehin kriselnde – Weltwirtschaft gerade in den Abgrund reißt, sondern schon weil die Verbreitung solcher Pandemien ihre tiefere Ursache in der Profitmaximierung des Kapitalismus hat. Der Kapitalismus hat enorme Zerstörungskräfte entwickelt und setzt diese frei, ob hinsichtlich von Kriegen, des Klimawandels oder gesundheitsgefährdender Ereignisse, wie der Corona-Pandemie. Solange private Konzerne das Sagen haben, wird sich das nicht ändern. Nur wenn der kapitalistische Konkurrenzkampf durch demokratische Planung und Kooperation ersetzt wird, nur wenn statt einiger weniger Privateigentümer*innen und Großaktionär*innen, die arbeitende Bevölkerung selbst über Produktion, Forschung etc. entscheiden kann, werden diese Gefahren für die Menschen eliminiert werden können. Deshalb muss der Kampf gegen die Corona-Krise mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Demokratie verbunden werden.

Lockerungen im Interesse des Kapitals ablehnen!

Schrittweise Aufhebung des Lockdowns muss unter Kontrolle der Betroffenen stattfinden

21. April 2020

Bundesregierung und Ministerpräsidenten der Länder haben erste Lockerungen der Corona-Maßnahmen beschlossen. Viele Menschen werden erleichtert sein, da es scheint, dass damit erste Schritte zur Normalität ergriffen werden. Doch die Politik von Merkel, Spahn und Co. ist kein Grund zur Erleichterung, sondern zur Sorge. Denn weiterhin werden die falschen Prioritäten gesetzt und das eigentlich Notwendige nicht gemacht.

Von Sascha Staničić

Auch wenn Infektionszahlen sinken, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Immer noch schätzt das Robert-Koch-Institut die Risikolage als hoch ein. Gleichzeitig sinkt in der Bevölkerung, ausgehend von einem hohen Niveau, die Sorge vor dem Virus. Die nun beschlossenen Lockerungsmaßnahmen erhöhen das Risiko einer zweiten Infektionswelle. Vor allem aber, weil mit ihnen nicht die eigentlich nötigen Schritte zur Bekämpfung der Pandemie einher gehen.

Von Anfang an haben die politisch Verantwortlichen nicht konsequent im Sinne des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung gehandelt. Zuerst wurde die Gefahr des Corona-Virus unterschätzt bzw. trotz Warnungen aus der Wissenschaft und der Weltgesundheitsorganisation nicht gehandelt. Das erst machte die bisherige Verbreitung des Virus möglich. Dann wurden in einigen Bereichen sehr weitgehende Maßnahmen, wie Kontakt- und Ausgangssperren, Laden- und Gastronomieschließungen, Versammlungsverbote, Schul- und Kita-Schließungen und Abstandsregeln angeordnet, gleichzeitig aber unzählige Betriebe und Büros, die nicht zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung wirtschaften, nicht geschlossen,

was die beschlossenen Maßnahmen ad absurdum führt: was bringt es, wenn ich meine Freizeit alleine oder im Kreis der Familie zu Hause verbringe, um dann in voll besetzten Bussen ins Großraumbüro oder die Lagerhalle zu fahren, wo das Infektionsrisiko höher ist, als auf der Straße?

Tests und Masken

Vor allem aber wurde nicht konsequent und massiv in die eigentlich nötigen Maßnahmen investiert. So werden zwar mittlerweile deutlich mehr Tests durchgeführt, als noch im Februar (womit das Kind schon in den Brunnen gefallen war), es sind aber weiterhin viel zu wenige. Nötig sind flächendeckende Tests, um infizierte Personen zu lokalisieren und für den Zeitraum der Infektion isolieren und medizinisch behandeln zu können.

Aber die Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, auf solche Notwendigkeiten schnell zu reagieren, die nötigen Laborkapazitäten und das entsprechende Personal zu organisieren und die nötigen Reagenzien und Materialien zu produzieren.

Das Gleiche gilt für den Umgang mit Mund-Nasen-Schutz und medizinischen FFP2- und FFP3-Schutzmasken. Hier gibt es ein Hin und Her seit Ausbruch der Pandemie, das nur durch einen Umstand zu erklären ist: es gibt einfach nicht genug Masken und es wurden keine Maßnahmen ergriffen, um diese schnell und massenhaft herzustellen. Nun behauptet Gesundheitsminister Spahn, dass ab August in Deutschland fünfzig Millionen Masken wöchentlich hergestellt werden können. Zu spät und zu wenig! Und statt Unternehmen anzuweisen, zum Selbstkostenpreis solche Masken herzustellen, können sich gierige Kapitalisten nun eine goldene Nase verdienen. Der Preis für Schutzmasken ist um dreitausend Prozent gestiegen. Der deutsche Sportartikelhersteller Trigema verkauft zehn Masken für 120 Euro! Auch wenn Masken keinen ausreichenden Schutz für diejenigen darstellen, die sie tragen, sind sie eine große Hilfe bei der Eindämmung der Infektion, wenn sie von Infizierten genutzt werden, die ja oftmals gar nicht wissen, dass sie Träger*innen des Virus sind. Dazu ist es aber nötig, dass sie zumindest in Supermärkten und im öffentlichen Personenverkehr verpflichtend getragen werden, wofür sie wiederum erst einmal für alle Menschen kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Tatsache, dass Bundesregierung und Länderchefs nun nur empfehlen, Masken zu tragen (während einzelne Kommunen und Bundesländer eine Maskenpflicht einführen), ist nur Ausdruck ihrer Unfähigkeit, ausreichend Masken für die Einführung einer Maskenpflicht zu beschaffen.

Veranstaltungen und Demonstrationsfreiheit

Gleichzeitig wurden Großveranstaltungen bis Ende August verboten. Das ist im Hinblick auf Konzerte oder andere Massenveranstaltungen wahrscheinlich sinnvoll. Anders verhält

es sich aber mit dem Demonstrationsrecht und hier besteht die Gefahr, dass Einschränkungen auf lange Sicht umgesetzt werden sollen. Nun hat das Bundesverfassungsgericht zwar ein generelles Versammlungsverbot zurück gewiesen, letztlich schränken die Länder und Kommunen dieses jedoch massiv ein und es wurden, zum Beispiel in Berlin und Köln, selbst kleine Proteste und Mahnwachen verboten, die die Abstandsregeln eingehalten haben (während in Dresden PEGIDA am Hitler-Geburtstag aufmarschieren durfte!). Hier muss gelten, dass nicht der kapitalistische Staat, sondern die Arbeiter*innen- und sozialen Bewegungen selbst darüber entscheiden können müssen, ob sie – unter Einhaltung von Sicherheitsregeln – auf die Straße gehen.

Druck des Kapitals nachgegeben

Gleichzeitig haben die Politiker*innen dem Druck aus der Wirtschaft nachgegeben und eine Öffnung von Geschäften mit einer Ladenfläche bis 800 Quadratmeter ermöglicht. Es ist keine Frage, dass diese Maßnahme das Infektionsrisiko unnötig erhöht und nur den Profitinteressen der Handelsunternehmen dient. Natürlich leiden zur Zeit auch viele kleine Gewerbetreibende unter den Ladenschließungen. Diesen muss unbürokratisch durch staatliche Zuschüsse geholfen werden, um sicherzustellen, dass sie ihren Angestellten weiter den vollen Lohn zahlen können und selbst nicht in die Pleite rutschen.

Schulen und Kitas

Die wichtigsten Beschlüsse treffen aber die schrittweise Wiederöffnung von Schulen. Zu recht protestieren die Lehrer*innengewerkschaft GEW und viele Lehrerinnen, Schüler*innen und Eltern gegen diese Maßnahmen, denn die derzeitigen Schritte werden nur unter dem Gesichtspunkt eingeleitet, das Prüfungssystem nicht in Frage zu stellen – und das obwohl klar sein sollte, dass angesichts der Schulschließungen der letzten Wochen und der psychischen Belastung durch die Pandemie keine „normale“ Prüfungsvorbereitung möglich ist. Was spricht eigentlich gegen ein Rettungspaket für Schüler*innen, das zum Inhalt hätte, diesem Jahrgang die Abschlüsse auf Basis der bisherigen Leistungen und in Erwägung eines überdurchschnittlichen Prüfungsergebnisses zu gewähren und Sitzenbleiben nur auf freiwilliger Basis zu ermöglichen (die Festlegungen könnten dann von Ausschüssen von demokratisch gewählten Vertreter*innen von Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern beschlossen werden)? Doch nur die ohnehin idiotischen Selektionsprinzipien des Kapitalismus, die junge Menschen nicht nach ihren tatsächlichen Fähigkeiten, sondern nach den Momentaufnahmen von Prüfungsergebnissen bewerten, um sie auf die kapitalistische Wettbewerbsgesellschaft vorzubereiten und verwertbar im Sinne der Lohnarbeit zu machen.

Schulöffnungen ohne eine Sicherstellung der notwendigen Hygiene- und Sicherheitsstandards und pädagogischer Konzepte für diese Ausnahmesituation sind zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls abzulehnen und sollten nur unter Kontrolle von demokratisch gewählten Vertreter*innen der Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern eingeleitet werden. Wer die Zustände in deutschen Klassenräumen und Schultoiletten kennt, weiß, dass es völlig unrealistisch ist, die Hygienestandards ohne Zeit kostende Veränderungen einzuhalten. In vielen Klassenräumen gibt es nicht einmal funktionierende Waschbecken.

Gleichzeitig sollen die Kindertagesstätten und der Schulbetrieb für jüngere Kinder auf absehbare Zeit nicht geöffnet werden. Das mag vom Gesichtspunkt der Eindämmung von Infektionsketten noch nachvollziehbar sein, darf aber nicht dazu führen, dass die materielle und psychische Belastung für Eltern und Kinder Privatproblem der Betroffenen bleibt. Hier muss gewährleistet werden, dass Eltern von Kita- und Grundschulkindern nicht zum Home Office gezwungen werden, sondern unter Beibehaltung der vollen Lohnfortzahlung von der Arbeit freigestellt werden und es für solche in „systemrelevanten“ Berufen, die dann noch arbeiten müssen, eine ausreichende Notversorgung unter Einhaltung der Hygiene- und Sicherheitsstandards, gibt. Trotzdem wird es Eltern geben, zum Beispiel Alleinerziehende mit mehreren Kindern, deren Belastungsgrenzen erreicht werden, mit den entsprechenden Gefahren für eine Schädigung der Kinder. Hierfür müssen unter Beteiligung von Pädagog*innen und Eltern Konzepte ausgearbeitet werden, um eine Entlastung und Formen von, ggf. zeitlich beschränkter, Fremdbetreuung der Kinder zu ermöglichen.

Fazit

Die Maßnahmen von Bund und Ländern sind falsche Prioritätensetzungen und orientieren sich einmal mehr an den Interessen der Wirtschaft statt der Gesundheit der Bevölkerung. Der Kampf für eine Politik im Interesse der Arbeiter*innenklasse, für ausreichend Tests, Masken und Schutzkleidung, für einen Ausbau des Gesundheitswesens, Umstellung der Produktion auf die notwendigen Produkte etc. muss endlich von den Gewerkschaften und der LINKEN entschlossen aufgenommen werden.

2,75 EURO

manifest.

Unser Programm:

www.manifest-verlag.de

Mehr Bücher und Broschüren unter:

www.manifest-bücher.de